neue kritik

D 7739 F

24

Oskar Negt Bemerkungen zur bisherigen Diskussion über eine neue sozialistische Politik | Günter Amendt Zum Thema Kriegsdienstverweigerung | Helmut Schauer Von der Möglichkeit und Unmöglichkeit offensiver Entspannung | Wilhelm Bauer Anmerkungen zu einer Vorlesung von R. Havemann | David Wittenberg Ansichten zu Hans Mayer

Inhaltsverzeichnis

Oskar Negt	3	Bemerkungen zur bisherigen Diskussion über eine neue sozialistische Politik
Günter Amendt	8	System Kreiling
Helmut Schauer	12	Von der Möglichkeit und Unmöglichkeit offensiver Entspannung
Wilhelm Bauer	19	Über das Verhältnis von Naturwissenschaft und Gesellschaft
David Wittenberg	22	Ansichten
Jürgen Brockmann	24	Herrschaft ohne Sentimentalität
	25	Zeitschriftenhinweise

neue kritik, zeitschrift sozialistischer studenten
nr. 24, august 1964, 5. jahrgang
herausgegeben vom bundesvorstand des sozialistischen deutschen studentenbundes (sds)

neue kritik ist ein diskussionsforum, in dem divergierende sozialistische meinungen zu wort kommen. namentlich gezeichnete beiträge stellen nicht unbedingt die meinung der redaktion dar.
für unverlangt eingesandte manuskripte übernimmt die redaktion keine haftung.
nachdruck, auch auszugsweise, nur mit genehmigung der redaktion.
neue kritik ist kein geschäftsunternehmen; die mitarbeit ist unentgeltlich.

redaktion: wilhelm bauer, helge knüppel, thomas leithäuser, manfred liebel, hans peter riesche (verantwortlich), gunter wegeleben.
vertrieb: ulla gräning
anzeigenredaktion: edith jilek
unter mitarbeit des arbeitskreises neue kritik.
redaktionsvertretung: peter brokmeier, west-berlin.
erscheinungsort: frankfurt am main
verlag und redaktion: 6 frankfurt w 13, kurfürstenstr. 8, tel. 77 64 22
neue kritik erscheint jeden zweiten monat, im februar, april, juni, august, oktober und dezember, einschließlich einer doppelnummer.
schutzgebühr für das einzelheft: dm 1,50 / ös 10,— / sfr 1,60 / hfl 1,50 plus porto; für studenten dm 1,— / ös 7,— / sfr 1,10 / hfl 1,—.
jahresabonnement dm 10,— / ös 65,— / sfr 10,50 / hfl 10,— einschl. porto; für studenten dm 7,— / ös 45,— / sfr 7,50 / hfl 7,—.
bezug über den verlag.

postscheckkonto: sds-bundesvorstand, sonderkonto neue kritik
551 91 pscha. frankfurt am main.
konto-nr. 282 427, dresdner bank
druck: druck- und verlagshaus frankfurt am main gmbh
umschlagentwurf: maria fraxedas

An die Leser

Trotz der schwierigen Finanzlage des SDS konnte die neue kritik seit nahezu zwei Jahren regelmäßig erscheinen. Wie nahezu alle Zeitschriften von relativ geringer Auflagenhöhe, trägt die neue kritik sich finanziell nicht selbst. Ihr Erscheinen ist weitgehend zahlreichen einzelnen Spendern zu verdanken, denen wir an dieser Stelle danken möchten.

Jedoch um weiter erscheinen zu können, sind wir nach wie vor auf Spenden angewiesen. Aus diesem Grund haben wir uns entschlossen, Spendenabonnements einzurichten. Das heißt, wir suchen Leser, die monatlich der neuen kritik eine bestimmte Summe überweisen. Wir bitten alle Freunde und Interessenten der neuen kritik, nach ihren Möglichkeiten davon Gebrauch zu machen. Bitte, setzen Sie sich mit uns in Verbindung, damit wir Ihnen einen entsprechenden Vordruck zusenden können.

Es ist uns leider in einigen Fällen passiert, daß bei den Rechnungen, die wir im letzten Monat verschickten, Abonnenten der neuen kritik eine Mahnung erhielten, die bereits bezahlt hatten. Es war keine böse Absicht! — Schließlich ist durch ein Versehen die Nummer unseres Kontos bei der Dresdner Bank auf unseren Rechnungen nicht korrekt gewesen. Die richtige Nummer lautet: 282 427.

Zu dem Beitrag von Oskar Negt in diesem Heft sei bemerkt, daß damit die von Thomas von der Vring angeregte Diskussion nicht beendet sein soll. Negts Kritik an v. d. Vring und Reinhard Hoffmann scheint uns unter anderem bemerkenswert, weil Oskar Negt mit beiden in den „Arbeitsheften" der „Sozialwissenschaftlichen Vereinigung" zusammenarbeitet. Oskar Negt, heute wissenschaftlicher Assistent bei Jürgen Habermas, hat die Struktur der Frankfurter Hochschulgruppe des SDS wesentlich mitbestimmt.

Bemerkungen zur bisherigen Diskussion über eine neue sozialistische Politik

Oskar Negt

Es kann nicht die Aufgabe dieses Beitrages sein, den bisherigen Arbeiten zum Problem der Orientierung einer neuen sozialistischen Politik in der Bundesrepublik eine geschlossene und durchdachte politische Konzeption zu konfrontieren; diese wäre das Resultat umfassender, vom Erkenntnisanspruch der politischen Ökonomie bestimmter Analysen der objektiven gesamtgesellschaftlichen Bedingungen, der organisatorischen Voraussetzungen des Klassenkampfes und der Bewußtseinsverfassung der Arbeiterschaft. Im folgenden geht es lediglich um kritische Anmerkungen zu den Aufsätzen von Thomas von der Vring (Probleme einer neuen sozialistischen Strategie, nk 21), Fritz Lamm (Der alte Marx und die neue Linke, nk 21) und Reinhard Hoffmann (Zur sozialistischen Strategie der Gegenwart, nk 22).

1. Strategien ohne Inhalt

Jede über formale Definitionen hinausgehende Bestimmung der Organisationsstrukturen und der Programme der neuen Linken stößt in der Bundesrepublik auf Schwierigkeiten, die ihren Ursprung in internationalen wie in spezifisch westdeutschen Verhältnissen haben. Durch die Integration der verfassungsrechtlich legalisierten Parteien, die sich in ihren Programmen und in ihrem Organisationsaufbau einander angeglichen haben, in die bestehende bürgerlich-kapitalistische Herrschaftsordnung sind die Organisationen, Gruppen und Bewegungen, die auf einer inhaltlichen Erfüllung der Verfassungsnormen und auf eine Demokratisierung des für die Gesellschaft fundamentalen Bereichs der Wirtschaft bestehen, an den „Rand der Gesellschaft" gedrängt worden. Im Zuge dieser Polarisierung der politischen Kräfte, deren letzte wichtige Stufe der Unvereinbarkeitsbeschluß der SPD war, hat sich die Aktionsbasis der Sozialisten zunehmend verengt [1]). Da das Gespenst des Kommunismus und des Sozialismus allgemein zum sozialpsychologischen und politischen Haushalt spätkapitalistischer Systeme gehört, in der Bundesrepublik außerdem eine koalitionsfähige, in Parlamenten der kommunalen wie der nationalen Ebene agierende kommunistische Partei, wie in Italien und Frankreich, fehlt, wird hier jede, wie immer geartete, Linke in die prekäre Lage versetzt, die Rolle einer gesellschaftlichen Randgruppe zu spielen.

Auf Grund dieser Bedingungen erweist es sich gleichermaßen als falsch, die Organisationsversuche und die politischen Perspektiven autonomer linker Gruppierungen im Ausland, unter denen wenigstens die italienischen und die französischen von ihrer Mittelstellung zwischen sozialliberalen Reformparteien, reformistischen Arbeiterparteien und kommunistischen Parteien profitieren, unverändert zu übernehmen oder die deutsche Situation zur Normalsituation zu erklären und auf dieser Grundlage formalisierte, strategische Konzeptionen zu entwickeln, die weder der Selbstverständigung noch der praktischen Orientierung der deutschen Linken dienen.

In dem einer „neuen sozialistischen Strategie" gewidmeten Aufsatz Thomas v. d. Vrings, der eine seit langem notwendige Grundsatzdiskussion im SDS anregte, wird die zum Scheitern verurteilte Marxsche und sozialdemokratische Klassenkampfstrategie zum Ausgangspunkt für eine grundsätzliche Neuorientierung der sozialistischen Politik gemacht. Gemessen an der Radikalität der anfänglichen Fragestellung und dem durchgängigen theoretischen Anspruch, den v. d. Vring erhebt, sind die Resultate seiner Analyse, die zudem meist keinen realen Bezug zur gegenwärtigen Situation der Linken haben, außerordentlich dürftig. Der aus der Militärsprache auf zivile Vorgänge übertragene Begriff der Strategie, der bereits in seiner Anwendung auf bestimmte Forderungen der sozialdemokratischen Parteiprogramme fragwürdig ist, wird als Vermittlungsinstanz zwischen Theorie und Praxis definiert. „Strategie erweitert zielloses Reflek-

19. Delegiertenkonferenz des SDS

Die 19. ordentliche Delegiertenkonferenz des SDS findet vom 4. bis 6. September 1964 im Studentenhaus der Universität Frankfurt am Main (Mertonstraße) statt. Die Delegiertenkonferenz ist das höchste beschlußfassende Organ des SDS. Sie umreißt durch Verabschiedung politischer Beschlüsse und die Wahl eines neuen Bundesvorstandes die Politik des SDS.

Auf dem Programm der Konferenz stehen neben dem programmatischen Rechenschaftsbericht des Bundesvorsitzenden Manfred Liebel Referate zur bundesdeutschen Außen- und Deutschlandpolitik (Dr. Helmut Lindemann) und zur innenpolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik (Helmut Schauer).

Die Konferenz wird eingeleitet mit einem Referat von Karl Markus Michel, in dem nach den politischen Aufgaben, die Intellektuellen heute in der Bundesrepublik gestellt, und nach den Grenzen, die ihnen gesteckt sind, gefragt wird.

tieren zur kritischen Theorie . . . Indem Strategie das theoretische Denken politisiert, vermittelt es Theorie und Praxis, hebt deren abstrakte Scheidung auf. Dadurch wird Strategie zugleich zum Instrument permanenter Theoriekritik." (nk 21, S. 6.) Der Fehler dieser Definition, den v. d. Vring seinen ganzen Aufsatz hindurch mitschleppt, besteht darin, daß sie von zwei verschiedenen, nach bestimmten Regeln miteinander vermittelten Ebenen ausgeht, wo er in Wirklichkeit nur zwei Modifikationen ein und derselben Ebene gibt; nicht Strategien sind „Instrumente permanenter Theoriekritik", konkrete Vermittlungsinstanzen zwischen kritischer Theorie und praktischer Veränderung der Realität, sondern die Organisationen der Arbeiterschaft, durch die Programme, Strategien und Beschlüsse überhaupt erst die objektive Möglichkeit erhalten, realisiert zu werden. „Dieser Theorie und Praxis vermittelnde Charakter der Organisation zeigt sich am deutlichsten darin, daß die Organisation für voneinander abweichende Richtungen eine viel größere, feinere und sicherere Empfindlichkeit zeigt als jedes andere Gebiet politischen Denkens und Handelns . . . jede ‚theoretische' Richtung oder Meinungsverschiedenheit muß augenblicklich ins Organisatorische umschlagen, wenn sie nicht bloße Theorie, abstrakte Meinung bleiben will, wenn sie wirklich die Absicht hat: den Weg zu ihrer Verwirklichung zu zeigen." [2]) Ist die Organisation als eigentliche Vermittlungsinstanz zwischen Theorie und Praxis erkannt, so zeigt sich, daß es keinen historisch bedeutsamen Bruch zwischen einer „revolutionären" und einer „reformistischen" Tradition der Sozialdemokratischen Partei gibt, sondern daß diese in ihrer Organisationsstruktur stets eine von praktischem Reformismus geprägte Mitgliederpartei geworden ist.

Da v. d. Vring die Zusammenhänge zwischen der für die Durchsetzung der politischen Beschlüsse entscheidenden Organisationsstruktur und den offiziellen Doktrinen und Strategien nicht sieht, wird ihm die proklamierte Klassenkampfstrategie, der die organisierte Massenbasis einer Kampfpartei von vornherein fehlte, zum Inbegriff der sozialdemokratischen Politik, deren Reformismus v. d. Vring jedoch nicht nur akzeptiert, sondern konsequent erweitern will. Seine Behauptung, daß die Marxsche Klassentheorie nicht genug entfaltet sei, „um heute konkrete strategische Prinzipien eines sozialrevolutionären Klassenkampfes vermitteln zu können", trifft nur die deutschen Verhältnisse; in den beiden einzigen proletarischen Revolutionen dieses Jahrhunderts bildet die Marxsche Klassentheorie ein Hauptinstrument zur Bestimmung der Prinzipien der politischen und militärischen Strategie, die ihre Basis freilich in revolutionären Kampfparteien hat. Lenin, Trotzki und Mao Tse-tung entwickelten unter den objektiven politischen und militärischen Bedingungen von Revolution und Bürgerkrieg einen auf konkrete Verhältnisse bezogenen Begriff der Strategie, an dem es der deutschen Sozialdemokratie auch dann fehlte, als sie sich tatsächlich in einer revolutionären Situation befand.

2. Mißverständnisse in der Marx-Interpretation

Mit rhetorischem Aufwand kündigt v. d. Vring eine „nüchterne" Marxkritik und eine „systematische Entideologisierung und Entmythologisierung des heutigen sozialistischen Denkens" an; aber es bleibt bei diesem Versprechen. In der Ausführung seines Entmythologisierungsprogramms wiederholt er, vor Phrasen wie: „Marxismus ist ein unseliger, zu parteiischer Einengung der Kritik verleitender Name" nicht zurückschreckend, gedankenlos bekannte, stereotype Einwände gegen Marx, auf die Fritz Lamm bereits eingegangen ist.

Zwei Mißverständnisse sollen hier noch einmal kurz berührt werden. v. d. Vring schreibt: „Das objektive Interesse der Klasse der Privilegierten, der Kapitalisten, an der Erhaltung der bestehenden Produktionsverhältnisse, und das objektive Interesse der Klasse der Beherrschten, des Proletariats, an der Beseitigung ihrer Herrschaft und damit an der Veränderung der Produktionsverhältnisse konstituieren den strukturellen Klassengegensatz der kapitalistischen Gesellschaft." (nk 22, S. 14.) Schon die klassische bürgerliche Ökonomie war jedoch über eine interessenpsychologische Begründung der Klassengegensätze hinaus. Marx, auf den v. d. Vring jene Ableitung des „strukturellen Klassengegensatzes" zurückführt, hat den Widerspruch der materiellen Existenzbedingungen, die objektive Stellung des Menschen im Produktionsprozeß, als Wesensmerkmal des Klassenantagonismus bezeichnet, wähend jene objektiven Interessen der Klassen nichts naturwüchsig Gegebenes, sondern allererst Resultate der Konstituierung der Interessen auf der Basis einer bestimmten Klassenlage sind. Im Anschluß an den oben zitierten Satz heißt es, offenbar zum Zweck seiner Erläuterung und Vertiefung: „Die begriffliche Differenz zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften wird durch diesen fundamentalen Interessengegensatz zum Antagonismus verschärft, der nur in der Beseitigung der Klassen aufgehoben werden kann." (nk 22, S. 14.) In der vorliegenden sprachlichen Form ist der Satz unverständlich; wie sollte der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit die *begriffliche* (also nicht tatsächliche, reale) Differenz zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zum Antagonismus verschärfen? Aber auch sachlich trifft er nicht zu. Der Widerspruch von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften ist als solcher nicht an Klassengesellschaften gebunden, wohl aber die Formen seiner Aufhebung. Ein wichtiges Kennzeichen einer klassenlosen Gesellschaft, das sie von der durch Klassen bestimmten unterscheidet, ist gerade deren objektive Möglichkeit, Widersprüche zwischen den Produktivkräften und den mannigfachen kollektiven Organisationsformen, in denen sich der materielle Lebensprozeß der Gesellschaft vollzieht, ohne revolutionäre Erschütterungen zu lösen. Der Klassenantagonismus dagegen ist die Grundlage des kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozesses auch in jenen Phasen des Kapitalismus, in

denen die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse selber noch Faktor der Entfaltung der Produktivkräfte sind.

Dem Klassenkonflikt zwischen Kapital und Arbeit fügt v. d. Vring einen „zweiten strukturellen Konflikt" hinzu, den der „Konkurrenz der fungierenden Kapitalien . . . um einen möglichst großen Anteil am gesamtgesellschaftlichen Mehrwert". (nk 22, S. 14.) Wird der in letzter Instanz die gesamten gesellschaftlichen Lebensäußerungen bestimmende Klassenantagonismus den Konflikten innerhalb der Klassen nach dem Muster der Dahrendorfschen Konflikttheorie gleichgeordnet, so verliert die Unterscheidung zwischen wesentlichen und abgeleiteten Erscheinungen, auf deren dialektische Beziehung keine kritische Theorie verzichten kann, ihren Sinn, und die Gesellschaft wird zu einem formalisierten System von Konflikten. Marx, dessen Theorie v. d. Vring referieren will, unterscheidet jedenfalls eindeutig das „allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation" von der „äußeren Bewegung" konkurrierender Kapitalien. „Die allgemeinen und notwendigen Tendenzen des Kapitals sind zu unterscheiden von ihren Erscheinungsformen. Die Art und Weise, wie die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion in der äußeren Bewegung des Kapitals *erscheinen*, sich als Zwangsgesetze der Konkurrenz geltend machen und daher als treibende Motive den individuellen Kapitalisten zum Bewußtsein kommen, ist jetzt nicht zu betrachten, aber soviel erhellt von vornherein: wissenschaftliche Analyse der Konkurrenz ist nur möglich, sobald die innere Natur des Kapitals begriffen ist, ganz wie die scheinbare Bewegung nur dem verständlich, der ihre wirkliche, aber sinnlich nicht wahrnehmbare Bewegung kennt." [3])

3. Das Argument der gestiegenen Reallöhne

Von der Vring schreibt: „Diese Thesen (über die zunehmende Verelendung) gehören zu den fragwürdigsten der Marxschen Theorie. Einmal verlangt die sogenannte Verelendungstheorie eine fundamentale Diskussion der Marxschen ökonomischen Theorien, wobei sich die ganz primäre Frage stellt, ob die Marxsche Vermittlung zwischen seiner Werttheorie (Äquivalentenaustausch) und den Bewegungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaft zureichend ist. Zum anderen steht vornehmlich das moderne Instrumentarium einer antizyklischen Wirtschaftspolitik zur Debatte . . . usw." (nk 21, S. 14.)

Mit der „Verelendungstheorie", die heute in der Tat einer Ergänzung und Erweiterung bedarf, fällt nicht die gesamte Marxsche politische Ökonomie oder gar der historische Materialismus. (Überhaupt unterliegt von der Vring, der die Werttheorie, deren Intention doch gerade darin besteht, die dem Tausch zugrunde liegenden spezifischen Nicht-Äquivalente nachzuweisen, schlicht dem Äquivalententausch gleichsetzt, dem verbreiteten Irrtum, daß Marx am Kapitalismus nur die Momente gesehen habe, die auf Grund ökonomischer Zwangsgesetze zu einem schnellen automatischen Zusammenbruch führen. Dieser Auffassung hat Joan Robinson mit Recht entgegengehalten, daß die „Akkumulation auf stets erweiterter Stufenleiter" gerade ein entscheidendes, dem Kapitalismus immanentes, Stabilisierungselement enthält, das liberale Ökonomen, wie z. B. Marshall, der die „Rentierseite des Profits als Quelle privaten Reichtums" betont, übersehen.)

Konträre Thesen zum Steigen der Reallöhne finden sich bei Marx und Joan Robinson. Wenn Marx apodiktisch erklärt, der „reale Arbeitslohn steigt nie verhältnismäßig mit der Produktivität der Arbeit" [4]), so hält dem Joan Robinson entgegen: „Heute scheint die allgemeine Feststellung plausibler zu sein, daß die Reallöhne dazu neigen, mit der Produktivität zu steigen." Gegen beide Thesen, vor allem gegen die unhistorische des durch die Produktivitätsentwicklung automatisch bewirkten Ansteigens der Reallöhne, wendet sich John Strachey, dem es um den Nachweis geht, daß in einem System, das sich tatsächlich den liberalen Prinzipien gemäß entwickelt hätte, der durch Produktivitätssteigerung gewachsene gesellschaftliche Reichtum wahrscheinlich ausschließlich der Klasse der Kapitalbesitzer zugute gekommen wäre. „An Marx' wirtschaftlichen Einsichten war demnach nichts, was im Grunde falsch gewesen wäre. Falsch war lediglich sein politisches Urteil." [5]) Marx selber weist jedoch im Zusammenhang des „allgemeinen Gesetzes der kapitalistischen Akkumulation", das auf einer relativ hohen Abstraktionsstufe abgeleitet wird, der die historische und gesellschaftliche Konkretion noch fehlt, bereits darauf hin, daß die „organisierte Arbeiterschaft" imstande sei, „die ruinierenden Folgen jenes Naturgesetzes der kapitalistischen Produktion auf ihre Klasse zu brechen oder zu schwächen". [6]) Die Analyse Stracheys, die sich hauptsächlich mit den wirtschaftlichen Folgen der Demokratie und des organisierten Kampfes der Arbeiterschaft befaßt, konkretisiert die Einwände gegen die Marxsche These von der zunehmenden Verelendung des Proletariats, indem sie die veränderten Bedingungen der spätkapitalistischen Systeme einbezieht. Das Resultat lautet: „Es ist nicht eigentlich so, daß der Lebensstandard des Lohnverdieners ‚gestiegen' ist; eine solche Formulierung würde einen in das System eingebauten automatischen Prozeß zu unterstellen scheinen. Der Lebensstandard ist vielmehr *hochgetrieben*

Spenden für Alexander

Im September beginnt sehr wahrscheinlich in Kapstadt die Revision im Prozeß gegen Dr. Neville Alexander. Der Revisionsprozeß wird etwa 45 000 DM kosten, wovon noch 30 000 DM durch Spenden aufzubringen sind. Wir bitten dringend um weitere Überweisungen auf das Spendenkonto Dr. Alexander Nr. 19 203, Kreissparkasse Tübingen.

worden, und zwar von den nun über ein Jahrhundert währenden gewerkschaftlichen und politischen Anstrengungen der Lohnverdiener und dabei im Kampfe gegen die wirtschaftlichen Tendenzen des Systems."[7])

Aber die gestiegenen Reallöhne, ihre durch außerwirtschaftliche Faktoren bewirkte Stabilisierung auf dem Niveau der Produktivität der Arbeit, sind als solche, auch nach den Voraussetzungen von Marx, der die Hebung des Lebensstandards, ja die Möglichkeit der „Verbürgerlichung" der Proletarier keineswegs ausschließt, noch keineswegs Ausdruck des strukturellen Wandels der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die nach wie vor auf der Basis der zu Verwertungszwecken gekauften Ware Arbeitskraft existiert. „Die mehr oder minder günstigen Umstände, worin sich die Lohnarbeiter erhalten und vermehren, ändern jedoch nichts am Grundcharakter der kapitalistischen Produktion." [8]) Und: „So wenig aber bessere Kleidung, Nahrung, Behandlung und ein größeres Peculium das Abhängigkeitsverhältnis und die Exploitation des Sklaven aufheben, so wenig die des Lohnarbeiters."[9])

4. Sozialismus als internationales Problem

Während von der Vring, auf dessen methodische Fehler Elisabeth Lenk hinweist (Geist der Strategie, nk 23), im Revisionismus und Reformismus der deutschen Sozialdemokratie, mit der er ohnehin die platte, vom Geist der Dialektik verlassene Marx-Kritik teilt, befangen bleibt, macht Fritz Lamm den Versuch, die heutige Situation der Arbeiterbewegung wie die spezifischen Phänomene spätkapitalistischer Systeme nach Prinzipien der Marxschen Theorie zu deuten, die sich in der Tat ohne Verlust ihrer Substanz weder in eine „reine Ökonomie" noch in eine Summe von soziologischen, ökonomischen und politischen Hypothesen auflösen läßt. Lamms Argumentation, die internationale Aspekte in den Vordergrund rückt, richtet sich vor allem gegen den theoretischen und praktischen Provinzialismus der deutschen Linken. „Obwohl die großen politischen Entscheidungen nicht mehr in Europa — oder von Europa aus — getroffen werden, sondern von Machtzentren, in denen es nie eine sozialdemokratische Bewegung gegeben hat, blickt unsere Linke traurig auf die Restbestände der sozialistischen Bewegung." (19) So sehr nun die Idee des Sozialismus mit einer im Emanzipationsanspruch wie in den realen wirtschaftlichen Tendenzen begründeten Überwindung des nationalen Horizontes der theoretischen Analyse wie der politischen Praxis verbunden ist, so wenig kann dieser Internationalismus doch dazu führen, die westdeutsche Arbeiterbewegung darauf zu verpflichten, bestenfalls „eine fördernde Rolle in dieser internationalen Entwicklung zu spielen" (nk 22, S. 21); denn es ist unmöglich, das gespannte Warten auf internationale Entwicklungen ein politisches Verhalten zu nennen. Trifft es auf der Ebene theoretischer Reflektionen durchaus zu, daß in der „Epoche der Weltgeschichte" der „Sozialist nur durch die Erfahrung der internationalen Entwicklung den Standpunkt finden kann, der ihm ermöglicht, die Perspektiven zu erarbeiten, an denen er sich — auch für die politische Betätigung in seinem Lande — orientieren kann" (S. 22), so ist es für die politische Orientierung ebenso notwendig, die spezifischen nationalen Bedingungen zu analysieren, durch die schließlich entschieden wird, in welchen Formen eine konkrete Vermittlung von Theorie und Praxis möglich ist. Offenbar bedarf es in diesem Zusammenhang ohnehin einer auf nationale Bedingungen bezogenen Gewichtung der internationalen Ereignisse; wenn es weltgeschichtlich auch von größerer Bedeutung sein mag, daß der chinesische Weg der „ursprünglichen Akkumulation" wahrscheinlich Modell der gesamten asiatischen Entwicklung sein wird, so hat diese Einsicht doch weitaus geringeres Gewicht für die politische Entwicklung in Deutschland als etwa die klare Erkenntnis der Entstehungsbedingungen und der Wirkungsweise des Goldwater-Faschismus in den Vereinigten Staaten.

5. Betrieb und Klassenbewußtsein

Ausgehend von der historischen Feststellung, daß der reformistische Sozialismus, dem es wesentlich um die Beseitigung des Massenelends und um die politische Gleichstellung von Proletariern und Bürgern ging, seine ursprünglichen Ziele erreicht habe, sucht Reinhard Hoffmann nach einer neuen Ausgangsbasis sozialistischer Aktivität im Rahmen des Industriebetriebs. Der durch Privatisierung und Entpolitisierung charakterisierte Bewußtseinszustand der Arbeiter hindere sie daran, die unmittelbaren Erfahrungen ihrer Arbeitssituation — tägliche Konflikte mit der betrieblichen Herrschaftsstruktur, individuelle und organisierte Auseinandersetzungen über Mitbestimmungsrecht zu speziellen Fragen — als Ausdrucksformen eines fundamentalen Klassengegensatzes zu begreifen, der die isolierte betriebliche Produktionssphäre, in der gesamtgesellschaftlich verschleierte Klassenkonflikte ihre institutionell nur leicht modifizierten früheren Formen bewahrt haben, sprengt. Eine Hauptschwierigkeit der Umsetzung des unmittelbaren, von vereinzelten Betriebserfahrungen bestimmten individuellen Bewußtseins in eine politisch relevante Erkenntnis der tragenden Widersprüche des „organisierten" späten Kapitalismus, sieht Hoffmann darin, daß durch die Aufhebung der im Frühkapitalismus bestehenden Kongruenz zwischen politischem und betrieblichem Herrschaftssystem dem Arbeiter zugleich der Boden für eine kontinuierliche Erfahrung und Erkenntnis seiner eigenen und der gesamtgesellschaftlichen Existenzbedingungen entzogen worden ist. Die organisierten Anstrengungen der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften, aus dem pauperisierten Proletariat eine handlungsfähige, nicht einfach mehr spontan und planlos reagierende Masse zu machen, zeigen aber die Haltlosigkeit der Hoffmannschen Auffassung; in der Gegenwart so wenig wie im 19. Jahrhundert war Einsicht in die Klassenlage und in die

Notwendigkeit ihrer Aufhebung Produkt bloßer praktischer Erfahrungen.

So lange Hoffmann sich darauf beschränkt, objektive gesellschaftliche Bedingungen sowie „erfahrbare" Konflikte, die einzelne Ansatzpunkte für die Bildung von Klassenbewußtsein liefern zu können, zu analysieren, leistet er einen realistischen Beitrag zur Konkretisierung der sozialistischen Politik in der Bundesrepublik; in seiner verbissenen Kritik der bürokratischen Bevormundung und Manipulation der Arbeiter durch Partei und Gewerkschaftsapparate wie durch „betriebsfremde" Intellektuelle erliegt er jedoch, ohne sich dessen bewußt zu sein, einem der folgenreichsten Irrtümer des Sozialdemokratismus: der als Ausdruck konsequenten demokratischen Denkens mißverstandenen Vorstellung von der spontanen Entwicklung des Klassenbewußtsein. „Politisches Bewußtsein . . . als Grundlage eigenen und nicht manipulierten politischen Handelns kann nicht von außen, nicht durch eine organisierte Gruppe politisch Bewußter in die Masse hineingetragen werden." (nk 22, S. 7.) Dieser Satz, dem die Annahme einer geheimen Übereinstimmung zwischen individuellem Erfahrungsbereich und klassenbewußtem Handeln zugrunde liegt, führt zu der Konsequenz, daß die Erziehung der Arbeiter zu autonom denkenden und handelnden Individuen, die imstande sind, mit ihrem eigenem Interesse zugleich das der Gesellschaft zu erkennen und politisch zu vertreten, ohne die Erkenntnis und die Überwindung der entfremdeten, verdinglichten bürgerlichen Bewußtseinsformen, denen gleichermaßen die herrschende Klasse und die Beherrschten unterliegen, möglich ist. Praktische, heute weitgehend institutionalisierte Lösungen innerbetrieblicher Konflikte zwischen den Repräsentanten eines Unternehmens und den Vertretern der Arbeiterschaft sind offenbar kaum imstande, den „post festum Charakter des Denkens" (Lukacs, 320), der noch Ausdruck der erstarrten Trennung von Theorie und Praxis ist, aufzuheben.

Der von Lenin gegen die Spontaneitätstheoretiker zitierte Satz des frühen Kautsky, daß das „sozialistische Bewußtsein . . . etwas in den Klassenkampf des Proletariats von außen Hineingetragenes, nicht etwas aus ihm urwüchsig Entstandenes ist", enthält die Kritik der Vorstellung, daß der Klassenkampf um die materiellen Lebensverhältnisse der Arbeiter mehr sei als die *Vorbedingung* für eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft; deren Notwendigkeit dagegen muß von klassenbewußten Minderheiten, in denen nicht zufällig eine große Zahl von Intellektuellen bürgerlicher Herkunft anzutreffen ist, begründet und in politischen Forderungen umgesetzt werden. Diese Form des Einflusses, deren erklärtes Ziel es ist, den Objektcharakter des Menschen aufzuheben, kann unmöglich unter dem Begriff der Manipulation subsumiert werden, der die Fixierung der Unmündigkeit impliziert. Obwohl Hoffmann sieht, daß spontane Akte kollektiven Handelns die Privatisierung und Entpolitisierung der Arbeiter nicht aufzuheben vermögen, kann er sich von dem mechanistischen Gedanken nicht befreien, **daß die klassenbewußten Sozialisten, die** im übrigen isoliert **an einer „Theorie der sozialen Revolution"** arbeiten, **im Falle tatsächlicher kollektiver Auseinandersetzung** verpflichtet sind, die im Arbeiterbewußtsein enthaltenen kapitalistischen Elemente von den sozialistischen zu trennen und die kapitalistischen Elemente zu bekämpfen. Die Umstrukturierung des Bewußtseins des Arbeiters, das man sich kaum als Summe von „kapitalistischen und sozialistischen Elementen" vorstellen darf, ist jedoch Resultat eines langwierigen Bildungsprozesses, den einzelne Ereignisse und zerstreute Erfahrungen nur beschleunigen oder erschweren, nicht ersetzen können.

Aus der richtigen Einsicht, daß Betrieb und Gewerkschaft zentrale Ausgangspositionen einer neuen sozialistischen Politik sein können, ergibt sich bei Hoffmann jedoch nicht die politische Verpflichtung der sozialistischen Intellektuellen, ihren Einfluß auf die Arbeiterbildung zu konzentrieren, sondern die abstrakte Forderung, mehr oder minder spontanen Aktionen Interpretationsdienste, „theoretische Hilfe" zu leisten. „Politisches Handeln der Sozialisten ist nur möglich in Form dieses theoretischen Bemühens, nämlich abstrakt, weil ohne eine politische Beteiligung der Arbeitnehmer." (nk 22, S. 10.) Wenn aber die „politische Beteiligung", die man der Mitgliedermasse der Parteien wie der konsumorientierten, privatisierten Bevölkerungsmehrheit absprechen kann, so weit gefaßt werden muß, daß die „relevante Praxis der Arbeitnehmer in der gegenwärtigen Entwicklungsphase ebenfalls nicht politisch im hergebrachten Sinne ist" (nk 22, S. 10), die sozialistischen Intellektuellen andererseits auch dort nicht „politisch" handeln, wo sie an politischen Aktionen teilnehmen, oder wo sie zur politisch relevanten Praxis erziehen, dann bleibt für Hoffmann nur die Konsequenz einer „unpolitischen" sozialistischen Tätigkeit, die allererst jene heute noch fehlenden Bedingungen des politischen Engagements der Arbeiter zu schaffen hat.

Die „soziale Revolution", die einst den Prozeß der Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft beinhaltete, wird in der Konzeption Hoffmanns, die der innerbetrieblichen Mitbestimmung primäre Bedeutung zumißt, verengt zum „Erringen eigenständiger Autonomie in dieser Gesellschaft", zur Beteiligung der Arbeitnehmer an Positionen relativ „autonomer Gegenmacht", „die in der täglichen Praxis sich immerfort an der allgemeinen kapitalistischen, bürokratischen Herrschaftsorganisation stößt", so daß „ein (kollektives) Bewußtsein von dem Gegensatz zwischen der Selbsttätigkeit und der hierarchischen Ordnung entsteht". (nk 22, S. 9.) Diese These mancher Industriesoziologen, daß auf Grund der technischen Entwicklung zunehmend „herrschaftsfreie Räume" in den Betrieben entstehen, ist von (beteiligten) Arbeitern der industriellen Großbetriebe nicht unwidersprochen hingenommen worden. Durch eine Addition von bestenfalls paritätisch besetzten Selbstverwaltungsorganen, Gremien betrieblicher und überbetrieblicher Mitbestimmung u. a. m., den „organisierten Kapitalismus", von dessen

Stabilität nicht zuletzt die starre Fixierung Hoffmanns am Betrieb zeugt, von innen heraus, gleichsam auf dem Wege einer Übertölpelung, auflösen zu wollen, ist schlechte, abstrakte Utopie, die ihr Vorbild in früheren Vorstellungen von der Beseitigung des Kapitalismus durch den genossenschaftlichen Aufkauf der Kapitalien hat.

Die Abhängigkeit der deutschen Entwicklung von der Konstellation der internationalen Kräfte, die heute wesentlich durch das rapide Wachstum der sozialistischen und kommunistischen Systeme bestimmt ist, verhindert eine eindeutige Bestimmung der Entwicklungsrichtung, von der eine Dynamisierung der erstarrten Machtverhältnisse in der Bundesrepublik zu erwarten ist. Am unwahrscheinlichsten ist es jedoch, eine „unpolitische" Revolutionierung der Gesellschaft von der Ebene des Betriebes aus anzunehmen, wie sie Hoffmann offenbar für möglich hält. „Eine solche Entwicklung kann eine ‚revolutionäre Kulmination' erfahren, wenn nach solcher Erfahrung die Arbeitnehmer den Kapitalismus in ihnen selbst durch ihre Praxis aufheben und kollektiv das kapitalistische und bürokratische Ordnungsprinzp als solches insgesamt mit Bewußtsein in Frage stellen." (9)

Anmerkungen:

1) Vgl. Wolfgang Abendroth, Bilanz der sozialistischen Idee in der Bundesrepublik Deutschland, in: Bestandsaufnahme, München 1962
2) Georg Lukacs, Geschichte und Klassenbewußtsein, Malik-Verlag, S. 302
3) Marx, Das Kapital, Bd. I, S. 361
4) a.a.O. S. 635
5) John Strachey, Kapitalismus heute und morgen, Düsseldorf, 1957, S. 150
6) Marx, S. 675
7) Strachey, S. 108
8) Marx, S. 645
9) a.a.O. S. 649

System Kreiling

Günter Amendt

„Natürlich habe ich ... eine Menge Material über Prüfungsausschuß- und Prüfungskammerbescheide mit unmöglichem Inhalt."
Rechtsanwalt H. Hannover

„Sicher ist Ihre Behauptung richtig, daß das Verhalten der Frankfurter Prüfungsausschüsse keine Ausnahme darstellt, sondern eher die Regel ist."
A. Bieber, Landesjugendpfarramt der Ev. Kirche in Hessen und Nassau

Er heißt Kreiling und ist ausgezogen, einem Gespenst ein Ende zu machen. Dem Gespenst der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen.

Am 1. 5. 1964 verkündet die Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland: „Weniger Kriegsdienstverweigerer — Nur jeder zehnte Antragsteller wird in Frankfurt von der Kommission anerkannt." Dies ist das Werk des Herrn Kreiling. Herr Kreiling ist Ausschußvorsitzender der Prüfungskammer für Kriegsdienstverweigerer in Frankfurt am Main. Da das Werk den Meister loben soll, sind Herrn Kreiling alle Mittel recht. In seinem Repertoire fehlen weder falsche Behauptungen noch Einschüchterung, weder Bluff noch Beeinflussungsversuche, verwandt mit dem Ziel, einer imaginären Quote von abgelehnten Kriegsdienstverweigerern nachzujagen.

Ein 21jähriger Arbeiter schreibt in der Begründung seines Widerspruchs: „Die Art der Behandlung durch den Ausschußvorsitzenden und die Art, in der das Verfahren abgewickelt wurde, kann in keiner Weise in Übereinstimmung stehen mit den Vorstellungen, welche die Schöpfer des Artikel 4 Abs. 3 des Grundgesetzes und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages bei der Verabschiedung des genannten Artikels hatten. Ich bin vor der Kammer erschienen in der Absicht, die Gründe, die mich zu meinem Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer führten, darzulegen. Ich tat es nicht in dem Bewußtsein, vor irgendeinem Gericht zu stehen."[1])

Herrn Kreiling jedoch ist jeder Verhandlungstag Gerichtstag. Dabei geht er von der Voraussetzung aus, daß sich der Antragsteller vor dem Kriegsdienst drücken wolle. Diese Einstellung ist nicht neu. Kreiling aber zeigt sie unverfroren vom Beginn der Verhandlung an.

Die Antragsteller Wolf-Dieter M. und sein Zwillingsbruder Hans-Henning M. berichten in ihren Widerspruchsbegründungen von einem massiven Versuch der Beeinflussung: „Das Prüfungsverfahren begann eigentlich schon 5 Minuten vor der angesetzten Zeit, und zwar in einem Büroraum. Dort nämlich hat uns der Herr Vorsitzende Kreiling (zu diesem Zeitpunkt war er noch ein Herr XY für mich) zunächst aufs herzlichste und persönlichste begrüßt, ohne sich allerdings vorzustellen. Freundschaftlich, fast väterlich, fragte er mich nach meinem Studienstand, um dann wörtlich zu sagen: ‚Wenn wir Ihre ganze Sache bis zum Herbst hier bei uns schwimmen lassen würden — was natürlich eine etwas krumme Tour sei —, brauchten Sie gar nichts mehr zu unternehmen von Verweigerung etc.'"[2])

Den Antragsteller G. W. bestellte Kreiling zu einer Unterredung in das Kreiswehrersatzamt, um ihm dort nahezulegen, seinen Antrag zurückzuziehen, da ihm in Anbetracht seines Studienstandes „nichts mehr passieren könne".[3]) Als Kriegsdienstverweigerer werde er unbegrenzt und ohne Rücksicht auf sein Alter, seinen Studienstand und seine Tauglichkeitsstufe zum Ersatzdienst eingezogen. Herr Kreiling tat dabei so, als sei dies die mit Kriegsdienstverweigerern gehandhabte Praxis. (In Wirklichkeit werden die gleichen Maßstäbe angelegt wie bei einer Einberufung zur

Bundeswehr.) Die gleiche unwahre Behauptung stellte er in einem Brief an den Antragsteller Andreas B. auf,[4]) ebenfalls mit dem Vorschlag verbunden, den Antrag zurückzuziehen.

Den Soziologiestudenten Albrecht W. bestellte er zu einem Gespräch ins Kreiswehrersatzamt, um ihm das gleiche Angebot zu unterbreiten. Hier ging er sogar noch weiter, indem er sagte, daß ein Kriegsdienstverweigerer, auch wenn er anerkannt sei, seinen Ersatzdienst aber noch nicht abgeleistet habe, in einem V-Falle (welches heißt: Verteidigungsfall) zur Bundeswehr eingezogen werden könne. Auch diese Behauptung ist unwahr. In dem ihm eignen vertraut väterlichen Tone klärte er sodann den Antragsteller Albrecht W. über seine Erfahrungen mit Frankfurter Soziologiestudenten auf, denen er in seiner Praxis als Ausschußvorsitzender begegnet sei: „Wissen Sie, die Frankfurter Soziologiestudenten sind alle von ihrem Studium etwas verwirrt. Bei denen stimmt da oben etwas nicht . . .“ (Dabei machte er eine unmißverständliche Geste, die in das Wörterbuch der Umgangsformen als der deutsche Autofahrergruß eingegangen ist.)[5])

Hat Kreiling diese meistenteils vergeblichen Vorgefechte ausgetragen, so geht er dann in der Verhandlung zum Generalangriff über. Er kämpft dabei mit den unterschiedlichsten Waffen.

Einschüchterung ist eines seiner beliebtesten Mittel. Der Antragsteller G. W. hatte sich geweigert, schriftliche Unterlagen einzureichen.

K.: „Daher sah ich mich natürlich gezwungen, über Ihre Person Erkundigungen einzuziehen. Ich muß Ihnen leider sagen, daß diese nicht ausgesprochen zu Ihren Gunsten ausfielen.“

G. W.: „Würden Sie mir, bitte, diese Auskünfte vorlesen.“

K.: „Ach, das gehört hier nicht her.“[6])

„Ach, plaudern Sie doch nicht so daher“, „Das gehört nicht zur Sache“, „Wollen Sie mich als Volljuristen belehren?“ „Ihnen erscheint die Sache wohl lächerlich“[7])/[8])/[9])/[10]), das und Ähnliches gehört zum Vokabular des Herrn Kreiling, verwandt mit dem Ziel, die Antragsteller einzuschüchtern und unsicher zu machen.

Den Schüler S. belehrt er, daß ein von ihm verfaßter Artikel in einer Frankfurter Schülerzeitung, der zur Kriegsdienstverweigerung mit dem Satz von Borchert „Sag nein“ auffordert, eine strafbare Handlung sei. Auch diese Behauptung des Herrn Kreiling ist unwahr.

„Aus welchen Gründen die wiederholte Feststellung des Ausschußvorsitzenden, er sei Volljurist, getroffen wurde, ist mir unerklärlich, es sei denn, er wollte damit die Überlegenheit eines Akademikers einem Arbeiter gegenüber ausdrücken“,[11]) schreibt G. H., Druckereifacharbeiter, in der Begründung seines Widerspruchs.

Dabei ist nicht zu übersehen, daß der Hinweis „Ich bin Volljurist“ zweierlei bezweckt. Er ist gerichtet an den Antragsteller und an die Beisitzer, die über den Antrag zu entscheiden haben. Beide will er einschüchtern. Charakteristisch ist folgende Bemerkung, einmal ihrer Sprache wegen, zum andern, weil sie falsch ist.

K.: „Lassen Sie sich doch nachmustern. Wenn Sie nur vier — anstatt wie bisher zwei — gemustert werden, wäre doch Ihr Antrag hinfällig.“

Antragsteller: „Ich will als Kriegsdienstverweigerer anerkannt werden und mich nicht irgendwie drücken.“

K.: „Ich kann Ihnen sagen, daß die Aussichten, anerkannt zu werden, sehr gering sind. Wer bei mir nicht anerkannt wird, der kommt auch später nicht durch.“[12])

Kreiling behauptet also, daß er entscheide, nicht aber — wie das Gesetz es befahl — die Herren Beisitzer. Aber Kreiling erreicht die **beabsichtigte Wirkung**. Die Beisitzer wagen es nicht, in die **Verhandlung einzugreifen**. Spätestens am Nachmittag eines **Verhandlungstages** überkommt sie das große Gähnen. Sie schauen wiederholt auf die Uhr, bis schließlich aus Beisitzern Beischläfer werden. Den Studenten G. W., der dem Ausschuß Auge um Auge gegenübertreten wollte, störten die geschlossenen Augen eines Beisitzers. Belehrt ihn Herr Kreiling:

„Wenn der Herr Beisitzer die Augen schließt, dann tut er das, um sich besser konzentrieren zu können.“[13])

Der Herr Beisitzer zog es von nun an vor, auf Konzentrationsübungen zu verzichten.

Kreiling scheint über der Sache zu stehen, denn bei allem ist er gleichbleibend freundlich. Nur manches Mal verliert er die Beherrschung, etwa bei der Verkündung des Bescheids im Verfahren des Studenten Wolf-Dieter M.: „. . . als nämlich der Herr Vorsitzende Kreiling mich aufforderte, mich zu erheben, um mir mitzuteilen, daß der Antragsteller Hans-Henning M. (das ist mein Bruder) . . . nicht berechtigt sei, den Wehrdienst zu verweigern. Lächelnd klärte ich den Herrn Vorsitzenden über die Realitäten auf, worauf er mir vorhielt, ich hielte das Verfahren wohl für recht lächerlich, was auch in das Protokoll aufgenommen wurde, ohne allerdings den peinlichen Fehler des Herrn Vorsitzenden Kreiling zu erwähnen.“[14])

Auch dem Antragsteller G. W. wurde die Protokollierung des Kreilingschen Ausspruchs: „Ach, plaudern Sie doch nicht so daher“ verweigert. Schleierhaft kommt dem Antragsteller H. H. M. die schriftliche Begründung des ablehnenden Bescheides vor: „Da in meiner Verhandlung wenig — wenn nicht sogar überhaupt nicht — von der Tatsache gesprochen worden ist, daß meine vorgebrachten Gründe reine Willensgründe und Vernunftgründe seien, scheint eine Verwechslung mit der Verhandlung meines Bruders passiert zu sein. In seiner Begründung ist diese Tatsache (Vernunft-Gewissensgründe) vergessen worden.“[15]) Jedoch nichts kann Herrn Kreiling erschüttern. Mit stereotyper Penetranz wiederholt der Volljurist Kreiling seine pseudophilosophischen Gedankengänge zum Begriff des Gewissens. „Auf das Wollen kommt es aber nicht an. Ein echter Kriegsdienstverweigerer ist nämlich nicht derjenige, der aus einem

Gewissenskonflikt kein Soldat werden will, sondern derjenige, der aus einem Gewissenskonflikt heraus kein Soldat werden kann."[16]) K.-D. K. schreibt in seinem Widerspruch: „Aus der Begründung ergibt sich der Eindruck, als sei der Wille begriffsmäßig vom Gewissen zu trennen... In der schriftlichen Begründung ist der Gebrauch von ‚Wille' jedoch mit Mutwille verwechselt worden."[17]) G. H. argumentiert: „Meine Gewissensentscheidung führte mich zu dem erklärten Willen, den Kriegsdienst zu verweigern. Da Gewissen und Willen übereinstimmen, kann ich auch keinen Kriegsdienst leisten."[18]) Das aber kann Herr Kreiling nicht nachvollziehen: „Der Prüfungsausschuß ist vielmehr zu der festen Überzeugung gelangt, daß der Antragsteller Kriegsdienst mit der Waffe leisten kann..., ohne daß er an seiner Person Schaden nehmen oder gar innerlich zerbrechen würde."[19])

Herr Kreiling jedenfalls zerbricht nicht. Auch wenn ihm Fehler nachgewiesen werden, die jedem Studenten der Juristerei die Schamröte ins Gesicht treiben.

Kreiling: „Nehmen Sie an, Sie würden mit dem Auto jemanden totfahren. Wie würde Ihr Gewissen dann reagieren?"

G. H.: „Ich habe vor drei Monaten jemanden totgefahren." (Inzwischen wurde Günter H. vor Gericht wegen erwiesener Unschuld freigesprochen. Red.)

Kreiling: „Waren Sie bei der Witwe?"

G. H.: „Nein, die Entfernung ist zu groß. Aber ich korrespondiere mit ihr."

Kreiling: „Sie hätten hinfahren müssen. Was verdienen Sie?"

Rechtsbeistand:[20]) „Ich sehe keinen Zusammenhang mit dem Verfahren und Ihrer Frage."

Kreiling: „Stören Sie die Verhandlung nicht. Sie dürfen sich erst äußern, wenn ich mit meinen Fragen fertig bin."

Zum Antragsteller: „Was verdienen Sie?"

G. H.: „600 Mark."

Kreiling: „Wieviel bleibt Ihnen davon persönlich übrig?"

Rechtsbeistand: „Ich sehe keinen Zusammenhang..."

Kreiling: „Wieviel bleibt Ihnen davon...?"

G. H.: „200 Mark."

Kreiling: „Haben Sie der Witwe einmal diesen Betrag geschickt?"

G. H.: „Nein! Wie Sie wissen müßten, ist das nicht erlaubt. Da die Versicherung in dem noch ausstehenden Verfahren dies als eine Schuldanerkenntnis interpretieren würde."[21])

Diese Belehrung erteilte der 21jährige G. H., Druckereifacharbeiter, am 1. Juni dem Volljuristen Kreiling in dem mündlichen Verfahren zur Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer beim Kreiswehrersatzamt in Frankfurt (Main). Doch Kreiling unbeirrt: „Haben Sie Ihren Jahresurlaub schon gehabt?"

G. H.: „Nein!"

Kreiling: „Was werden Sie unternehmen?"

G. H.: „Das weiß ich noch nicht!"

Kreiling: „Ja, da gibt es doch nur eines! Zur Witwe fahren!"

Nach einem Moment der Sammlung verkündet Kreiling: „Ich kann aus Ihrem Verhalten nicht sehen, daß Ihr Gewissen ansprechbar ist."[22])

Und so stellt Kreiling in fast allen von ihm verfaßten Bescheiden fest: „Seine Ausführungen waren oberflächlich und wirkten erlernt!"[23]) Abgesehen davon, daß Kreiling dringend das Studium von einigen Semestern Philosophie zu empfehlen wäre, ist sein juristisches Wissen mehr als oberflächlich und die Lektüre von juristischen Fachzeitschriften und Verwaltungsgerichtsurteilen scheint nicht gerade zu Herrn Kreilings Lieblingsbeschäftigungen zu gehören.

Wie sonst ist der folgende Satz zu erklären? „Der Antragsteller wußte nicht, daß die Kriegsdienstverweigerung lediglich eine Ausnahme der Allgemeinen Wehrpflicht — Kriegsdienst mit der Waffe — darstellt."[24]) Ein solcher Satz muß allerdings auch Zweifel an der fachlichen Qualifikation des Herrn Kreiling aufkommen lassen.

In einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts nämlich wird ausdrücklich festgestellt, daß das Recht auf Kriegsdienstverweigerung schon deshalb kein Ausnahmerecht sein kann, da das Recht auf Kriegsdienstverweigerung schon vor der Wehrpflicht im GG verankert war. Deshalb ist das Recht auf KV der Wehrpflicht mindestens gleichrangig zu behandeln.

Doch wer wollte den Volljuristen Kreiling schon belehren? Denn: Monoton unterbricht er die Fragen des Rechtsbeistandes: „Ich kann diese Frage nicht zulassen. Sie ist eine politische Frage!"

Rechtsbeistand: „Ich protestiere, es ist gemäß höchstrichterlicher Rechtsprechung und nach Urteilen der Verwaltungsinstanzen zulässig, politische Gründe als Beleg für einen Gewissensentscheid anzuführen."

An den Antragsteller: „Glauben Sie, daß das deutsche Volk, auf Grund seiner historischen Schuld, in einer Strategie des Friedens...?"

Kreiling: „Ich muß die Frage zurückweisen. Sie ist eine politische Frage."

Rechtsbeistand: „Ich verweise noch einmal auf meinen vorherigen Einwand."

Kreiling: (brüllt) „Die Frage ist nicht zulässig. Wollen Sie mich als Volljuristen belehren?"

Rechtsbeistand: „Ja!"

Nach einer Pause. An den Antragsteller: „Der Herr Vorsitzende hat in der Verhandlung behauptet, niemand habe Interesse am Krieg. Glauben Sie, daß es Leute gibt, die unter Umständen Interesse am Krieg haben könnten?"

G. H.: „Ja, die Rüstungsindustrie."

Kreiling: „Ich kann die Frage nicht zulassen..."

Rechtsbeistand: „Ich protestiere..."

Kreiling: „Gut, ich formuliere die Frage um."

An den Antragsteller: „Haben Sie jemals persönlich einen

Rüstungsindustriellen getroffen, der Ihnen persönlich erklärt hat, er habe Interesse am Krieg?"
G. H.: „Nein."
Kreiling: „Dann kann ich die Frage Ihres Rechtsbeistandes nicht zulassen."[25])
Wehrpflichtgesetz. In der Fassung vom 14. Januar 1961 / Abschnitt III. / Vorschriften für Kriegsdienstverweigerer / § 26 (3): „Die Entscheidung treffen besondere Ausschüsse ... Sie werden mit einem vom Bundesminister für Verteidigung bestimmten Vorsitzenden ... besetzt!"[26])

II.

Ein Wort zu dem Thema: SDS und Kriegsdienstverweigerung

Es ist kein Geheimnis, daß viele Genossen die Frage der Kriegsdienstverweigerung äußerst lasch behandeln. Das hat zwei Gründe: Einmal ist für die meisten Genossen objektiv die Notwendigkeit nicht gegeben, den Kriegsdienst zu verweigern, da die betreffenden entweder zu alt oder aber in ihrem Studium schon so weit fortgeschritten sind, daß sie mit einer Einberufung zur Bundeswehr nicht mehr zu rechnen haben. Zum anderen gibt es Genossen — wohl eine Minderheit —, die keinen echten Sinn in der Kriegsdienstverweigerung sehen.
Beiden Haltungen ist zu widersprechen. Dabei soll an dieser Stelle nicht so sehr auf das Inhaltliche der Kriegsdienstverweigerung eingegangen als vielmehr auf die Bedeutung hingewiesen werden, die der Kriegsdienstverweigerung für das Selbstverständnis des Verbandes und der einzelnen Genossen zukommt. Die in Diskussionen immer wieder auftauchende — oft als Ausrede gebrauchte — Behauptung, „man könne ja eh nichts machen", als Sozialisten seien wir eben in der gegebenen gesellschaftlichen Situation zur völligen Inaktivität verurteilt, wird zumindest im Zusammenhang mit der Frage der Kriegsdienstverweigerung widerlegt. H i e r ist tatsächlich eine Möglichkeit des Handelns gegeben. Es muß dabei kaum auf die Schwierigkeiten hingewiesen werden, die eine solche Praxis für den einzelnen mit sich bringt. Schließlich steht der Fall des Herrn Kreiling nicht einzig da. Aus gruppenegoistischen Gründen ist es sogar wünschenswert — um etwas überspitzt zu formulieren —, daß gerade jüngere Genossen in eine solche meistenteils sehr unsanfte Berührung mit staatlichen Instanzen geraten. Es wird sich an dieser Stelle sehr schnell zeigen müssen, ob die Zugehörigkeit zu einer sozialistischen Organisation wie dem SDS mehr ist als ein Schritt im Sinne des Tucholskyschen „Übrigens, man trägt wieder links!". Kriegsdienstverweigerung kann somit zu einem bewußtseinsbildenden Faktor werden, der eine positive Rückwirkung auf das Selbstverständnis der jeweiligen Gruppe bzw. des gesamten Verbandes hat.
Von Bedeutung ist auch das folgende Argument: Ein Vergleich der Bescheide durch die einzelnen Verwaltungsinstanzen zeigt, daß viele Genossen und Kollegen befreundeter Arbeiterjugendorganisationen die gleichen Argumente anführen wie die Genossen des SDS. Sieht man einmal ab von geschulten Jugendfunktionären und berücksichtigt man andererseits das autoritäre Verhalten, beispielsweise des Ausschußvorsitzenden Kreiling, „Wollen Sie mich als Volljuristen belehren", dann ist es verständlich, daß mancher Genosse und Kollege den formalen und psychologischen Anforderungen eines solchen Verfahrens nicht gewachsen ist. Zwar gehen erfahrungsgemäß die betreffenden Genossen gut vorbereitet in die Verhandlung, auf die Pseudophilosophien eines Vorsitzenden sind sie jedoch nicht gefaßt. Gerade hier wäre es unsere Aufgabe als Studenten, die es leichter haben, sich mit der Materie vertraut zu machen, eine möglichst breite Basis der Argumentationsmöglichkeiten zu schaffen und nötigenfalls Grundsatzurteile durch das Bundesverwaltungsgericht zu erreichen, auf die sich dann die betreffenden Kollegen und Genossen berufen können. Das ist besonders auch deshalb wichtig, weil offensichtlich seitens der Verwaltungsinstanzen eine Tendenz besteht, die Argumentationsbasis immer mehr einzuschränken, etwa indem man den Begriff des Gewissens sehr eng auslegt, oder aber — wie Herr Kreiling — Kriegsdienstverweigerer zum waffenlosen Dienst in der Bundeswehr zwingen will.
Schließlich ist das rein quantitative Argument zu berücksichtigen, wonach eine möglichst hohe Zahl von Kriegsdienstverweigerern einen Nachweis für die Existenz einer — wenn auch noch so kleinen — Opposition darstellt.
Diesen Nachweis zu verhindern, ist das Ziel des Bundesverteidigungsministeriums; anders ist das Verhalten des Herrn Kreiling kaum zu erklären.
So ergibt sich für den SDS die Konsequenz, auf eine Kriegsdienstverweigerung seiner Mitglieder zu drängen. Auch diejenigen, die nicht mehr betroffen sind — und in erster Linie sie —, sollten einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung stellen. Sie erhöhen damit die Zahl der Kriegsdienstverweigerer und die Zahl der möglichen Argumente. Schließlich stellt die Kriegsdienstverweigerung von SDS-Genossen unter Berücksichtigung des Gesagten auch einen Akt von Solidarität dar.

Anmerkungen:

[1])—[25]) Als Unterlagen dienten Prüfungskammerbescheide, Widerspruchsbegründungen, Gedächtnisprotokolle und zu Protokoll gegebene mündliche Aussagen. Alle Namen sind der Redaktion bekannt.
[26]) München 1961, Soldatengesetze, S. 30.

Möglichkeit und Unmöglichkeit offensiver Entspannung

Helmut Schauer

Peter Bender: „Offensive Entspannung — Möglichkeit für Deutschland" - Köln 1964, 172 S., DM 9,80

Spätestens seit dem sowjetischen Berlin-Ultimatum ist die amerikanische Politik des roll-back und der Eindämmung mittels militärischen Drucks gescheitert. Seitdem ist klargeworden, daß der Westen nicht in der Lage ist, durch militärischen Druck die Sowjetunion zum Rückzug zu bewegen, und daß die Zukunft der Welt eher in den aufbrechenden jungen Nationen entschieden wird als im direkten Rüstungswettlauf der beiden großen Weltmächte. So fand schließlich die ohnehin auf Sicherung und Entwicklung ihres Bestandes bedachte Sowjetunion in Kennedy den entsprechenden Partner, der versuchte, das machtpolitische Terrain beider Länder zu arrondieren. Das wichtigste Ergebnis dieser Politik war der Atomteststopp-Vertrag. Im Zuge dieser Entwicklung versuchten die beiden Mächte auch die Temperatur des Spannungsreaktors Deutschlands zu drosseln: Die Sowjetunion verfocht ihre Berlin- und Friedensvertragsforderungen nur mehr verbal, die USA wirkten bremsend auf die bundesrepublikanische Politik und nahmen den Bau der Berliner Mauer hin. Obwohl in der Bundesrepublik keine der großen Parteien, auch nicht die SPD, den Zusammenbruch der Wiedervereinigungspolitik sichtbar machte und eine wesentlich neue Ost- und Deutschlandpolitik entwickelte, mußte nun doch klar werden, daß an eine Wiedervereinigung zumindest auf absehbare Zeit nicht zu denken ist. Das Passierscheinabkommen zu Weihnachten 1963 schien dann eine neue Politik anzukündigen, scheiterte aber danach wieder an der Furcht der Bonner Regierungsparteien und ihrer Opposition, von der im wesentlichen nur ein Teil unter Berliner Führung das Abkommen aktiv gefördert hatte, vor einer „Aufwertung" der DDR. Dennoch melden sich neuerdings in der Bundesrepublik zunehmend kritische Stimmen gegen die offizielle Deutschland- und Ostpolitik. Diese neue Kritik orientiert sich an der Position Kennedys und nimmt — ironischerweise — die von den Offiziellen erhobene Forderung, die Politik der Bundesrepublik müsse „den Brüdern und Schwestern in der Zone" helfen, ernster, als es den Sonntagsrednern aus Bonn lieb sein mag. Typisch präsentiert sich die neue kritische Tendenz in dem von Peter Bender, dem Redakteur der Sendung „Wir sprechen zur Zone" des Westdeutschen Rundfunks, vorgelegten Konzept für eine „offensive Entspannung".

Nicht allein die zu vermutende Repräsentanz, sondern auch die Konsequenz und Klarheit der Untersuchung läßt es sinnvoll erscheinen, sie hier ausführlicher vorzustellen und zu prüfen, als eine Rezension ansonsten gestattet.

I Darstellung

1. Kritik der offiziellen Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik

Bender geht aus von einer Einschätzung der Lage: „Eine Wiedervereinigung Deutschlands erscheint auf absehbare Zeit ausgeschlossen" (S. 9). Während die Bundesrepublik wesentlicher und unentbehrlicher Bestandteil der Militärstrategie, der EWG und der Politik der Entwicklungshilfe des Westens ist, hat die DDR für den Ostblock eine ganz ähnliche Bedeutung, so daß eine Wiedervereinigung Deutschlands angesichts der weltpolitischen Kräfteverhältnisse machtpolitisch nicht möglich ist. Da die Interessenlage der Beteiligten einen Kompromiß ebenfalls nicht erlaubt, „scheitern auch alle Hoffnungen, die deutsche Frage im Schlepptau einer Entspannungspolitik bald zu lösen". (S. 10.) Die Politik der Bundesregierung, welche alle Entspannungsfortschritte begleitet wissen will von Fortschritten zum Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, blockiere „jede Entspannung überhaupt", da das Selbstbestimmungsrecht den Abbau des sowjetischen Einflusses, also nicht die Erhaltung, sondern die Veränderung des Status quo, zugunsten des Westens bedeutet. Irreal sind, nach Benders Einsicht, auch alle jene Erwartungen, die auf die Schwäche der DDR sich gründen: „Solange die Sowjetarmee und die Wirtschaftskraft des gesamten Ostblocks hinter der SED-Führung stehen" (S. 13), ist die vom Autor in der DDR „gelegentlich angetroffene Hoffnung, daß der ganze Laden zusammenbricht", trügerisch. Auch die Hoffnung, durch eine Verschlechterung der Verhältnisse in der DDR könne die Sowjetunion bewogen werden, ähnlich wie in Ungarn und Polen, Ulbricht ihre Unterstützung zu entziehen und eine andere Gruppe der SED mit einer neuen Politik zu unterstützen, verfällt nach Bender der Kritik, insbesondere der historischen Tatsache, daß — bisher — „die äußerste Verschärfung der Situation und die größte Schwäche der SED . . . Ulbricht nicht zu Fall gebracht, sondern vor dem Fall bewahrt haben. Je schwieriger die Lage, desto weniger sind Ulbricht und seine Politik für die Sowjets entbehrlich." (S. 14 f.) „Die dritte Hoffnung . . .: Moskau werde die Vergeblichkeit seiner Bemühungen einsehen, aus dem abgespalteten Teil Deutschlands einen lebendigen Staat zu machen", scheitert an der offenbar festen (durch den Moskauer Freundschaftsvertrag erneut bestätigten) Absicht der Sowjetunion, die DDR zu halten. Auf derartige Hoffnungen eine Politik zu gründen, wäre abenteuerlich, diese müßte nämlich „den Sowjets ihren deutschen Brocken möglichst unverdaulich machen . . ., und das hieße in der Praxis: keinerlei Entspannung, weil das der DDR Konsolidierungschancen gäbe, und kompromißloser Kampf

gegen diese DDR mit dem erklärten Zweck, daß die Verhältnisse dort so schlecht wie nur irgend möglich bleiben oder werden". (S. 15 f.) In eineinhalb Jahrzehnten Praxis ist diese Politik gescheitert.

Nachdem der Autor so die herrschenden Vorstellungen zur Deutschlandpolitik mit den Realitäten konfrontiert und ihrer Irrealität überführt hat, fragt er sich nach den Grenzen dessen, „was auf absehbare Zeit in der Deutschlandpolitik möglich ist". (S. 16.) Diese Grenzen haben der 17. Juni, der Ungarnaufstand und der polnische Oktober gezeigt. Die Opposition der Bevölkerung oder in den Parteien der kommunistischen Länder kann „unter Umständen sogar eine bessere, liberale oder wenigstens vernünftigere kommunistische Regierung erzwingen. Sobald sie jedoch den Herrschaftsanspruch der russischen Weltmacht und ihr internationales Prestige in Frage stellt, rollen die sowjetischen Panzer". (S. 17.) An diesen Tatsachen scheitern denn auch alle mehr oder weniger modifizierten Vorschläge aus der Bundesrepublik, die auf eine Wiedervereinigung nicht verzichten wollte, denn die Sowjetunion hat „keinen Anlaß, auf Raten zu kapitulieren". (S. 18.) Selbst „das bescheidene Ziel, die Verhältnisse zwischen Elbe und Oder erträglich zu machen", ist mit Diplomatie und Verhandlungen allein nicht erreichbar. (S. 19.)

2. Die Theorie der offensiven Entspannung

Angesicht dieser Verhältnisse und der historischen Entwicklung in der Sowjetunion und im Ostblock käme es also darauf an, eine Politik zu entwickeln, die sich, analog zu Chruschtschows Politik der „friedlichen Koexistenz", mit der ohnehin vor sich gehenden Entwicklung im Ostblock derart synchronisiert, daß deren Dialektik gefördert und unterstützt wird. Der Autor muß also einen Begriff der Entwicklung in den kommunistischen Ländern erarbeiten. Die Wandlungen dort bewegten sich auf den „Abbau des Terrors, zunehmende Sachlichkeit und begrenzte Liberalisierung" zu und ergaben die „obligatorisch gemilderte Diktatur eines aufgeklärten Kommunismus". Dieser Prozeß ist vom Willen der Herrschenden weithin unabhängig, sie „wird vielmehr im Kern durch wirtschaftliche und gesellschaftliche Umstände erzwungen". (S. 21.) Bender will sich also, obwohl er das begrifflich nicht weiß, mit seiner Politik auf die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen stützen.

Da diese Entwicklung die Spannungen innerhalb der kommunistischen Länder verändert und abschwächt, da Ausgleich im Innern den Ausgleich nach außen fördert und gestattet, muß die Politik der westlichen Länder den inneren Ausgleich fördern, um den äußeren möglich zu machen. Die „Strategie des kalten Krieges" kann das nicht, sie tut das Gegenteil und ist politisch „Schützenhilfe für die Chinesen und die Stalinisten in allen Ostblockländern". (S. 38.)

Die Strategie der offensiven Entspannung setzt nun, im Verständnis von Peter Bender, militärisches Gleichgewicht voraus und verzichtet auf Isolierung, Diskreditierung und wirtschaftlichen Boykott der Oststaaten. Sie sucht so viele Punkte wie möglich, in denen die Interessen beider Seiten übereinstimmen, und strebt so viel Kontakte und Kommunikationen an wie nur irgend möglich. Dabei ist der Westen im Vorteil, er kann — unter Verzicht auf alle subversiven Mittel — „sich selbst verwirklichen", die „eigenen liberalen Tugenden" entfalten, durch „seine wahren Vorzüge" — die Demokratie — auf die „Evolution im Osten" einwirken, um sie so zu unterstützen und nicht zu stören. Damit, meint Bender, müsse man schließlich nicht den Gegner, aber den Gegensatz zwischen Ost und West überwinden, denn: „Keiner wird siegen, weil keiner siegen kann". (S. 39.) Bereits heute sei die Außenpolitik der Sowjetunion, im Gegensatz zur chinesischen, gegenüber einem möglichen militärischen Konflikt sehr viel vorsichtiger, und die westliche Entspannungspolitik könne die sowjetische Außenpolitik weiter „entideologisieren" und versachlichen. Allerdings sei davon vorerst weniger zu erhoffen, da „die Außenpolitik ihre eigenen Gesetze hat, die von der inneren Verfassung eines Staates nur bis zu einem gewissen Grade abhängig sind", und fraglich ist, ob insbesondere in Europa etwa „russische Politik sehr viel anders aussehen könnte als sowjetkommunistische". (S. 33.) Auch das Verhältnis der Sowjetunion zu den anderen osteuropäischen und kommunistischen Ländern ist von objektiven, machtpolitischen Gegebenheiten bestimmt. Bender konstatiert die Entwicklung zu einer gewissen nationalen Selbständigkeit und insbesondere zu innerer Bewegungsfreiheit der kommunistischen Länder gegenüber der Sowjetunion, was sich für diese als notwendig erwiesen habe, um den Block überhaupt zusammenzuhalten, und was sich für die osteuropäischen Länder auch wegen des Konflikts zwischen Moskau und Peking ergebe. Der Westen dürfe also keine Politik treiben, die diese „nationale Emanzipation" behindere, er müsse sie fördern. Zu dieser Hilfestellung gehöre z. B. die Wirtschaftshilfe der USA an Polen. Aber „die größte Hilfe, die der Westen leisten kann, besteht . . . in Beiträgen zur Entspannung. Nationale Selbständigkeiten und (was zum Teil das gleiche ist) innenpolitische Lockerungen lassen sich nur so lange erweitern oder auch nur bewahren, wie sich der kalte Krieg nicht verschärft". (S. 57.) Nur in einer entspannten außenpolitischen Situation und kombiniert mit der Verbesserung ihrer inneren Verhältnisse können die osteuropäischen Länder zu einer nationalen Emanzipation gelangen. Das gilt auch für die DDR, und darin liegt die einzige Möglichkeit, zwar nicht zu einer staatlichen Wiedervereinigung, aber doch zu einer inneren Wandlung der DDR, „die jedenfalls die Verhältnisse dort und die Spaltung erträglicher werden ließe" (S. 60), zu kommen.

3. „Liberalisierung in der DDR?"

„Polen und Ungarn haben die Modelle dafür geliefert, wie ein von Moskau abhängiger Ostblockstaat liberalisiert wer-

den kann“ (S. 61), und an ihnen läßt sich erkennen, wieweit auch in der DDR eine Wandlung möglich erscheint. Drei Punkte sind, nach Bender, als Voraussetzung anzunehmen:

1. „Die Führung darf nicht mehr fürchten, und das Volk darf nicht mehr hoffen, daß sich an der Tatsache der kommunistischen Herrschaft etwas ändert.“
2. „Andererseits . . . dürfen die Führer eines solchen Landes nicht Stalinisten sein. Gomulka und Kadar haben den Terror am eigenen Leibe gespürt und haben in ihren Ländern zugleich gesehen, wohin Stalinismus führt: im extremen Fall zur Revolution (oder jedenfalls bis kurz davor), im milderen Fall zur allgemeinen Stagnation.“
3. „Die Schwäche der Partei in einer verfahrenen Situation“ (S. 65).

Der Autor faßt zusammen: „Die unbestrittene Herrschaft einer schwachen Partei unter nichtstalinistischer Führung in schwieriger Lage — das wäre demnach die grobe Formel für einen aufgelockerten, sich liberalisierenden Kommunismus.

Wieweit sind diese Bedingungen in der DDR erfüllt?“ (S. 65 f) Allerdings kommen für sie besondere Bedingungen hinzu. Wie die Tschechoslowakei ist sie „Grenzprovinz“ und „dem Druck wie den zersetzenden Einflüssen des Westens am stärksten ausgesetzt“. (S. 67.) Das wird verstärkt dadurch, daß die DDR nicht wie die anderen Länder eine Nation ist, sondern „ein künstliches Staatsgebilde, das einen Teil der Nation vom anderen, größeren und reicheren trennt und dessen Rechtmäßigkeit von diesem anderen Teil dauernd in Frage gestellt wird“ (S. 67). Doch „der entscheidende Einfluß der Bundesrepublik auf die DDR besteht darin, daß sie Maßstäbe setzt und die gesamte Innenpolitik der DDR dauernd behindert“. (S. 68.) Daher ist jedenfalls sicher, „daß es die SED objektiv schwerer hat als alle ihre europäischen Bruderparteien“. (S. 68.) Schließlich ist auch das wirtschaftliche Gefälle von der DDR zur Bundesrepublik nicht nur Folge der stalinistischen Politik, sondern zu einem großen Teil durch die schwierige Ausgangsposition und die Reparationsleistungen der DDR nach dem Kriege begründet.

In einem der kritischsten Kapitel des Buches untersucht Bender dann die Lage der DDR und besonders die Stimmung der Bevölkerung in ihr. „Die 17 Millionen abzüglich der Funktionäre und Nutznießer laufen nicht in permanenter 17.-Juni-Stimmung mit geballter Faust in der Tasche herum.“ (S. 75.) „Für die Mehrzahl der Menschen ist es unmöglich, auf die Dauer gegen die eigene Umwelt zu leben; von Ausnahmen abgesehen, braucht der einzelne ein Mindestmaß an Uebereinstimmung mit dem, was ihn umgibt.“ (S. 89.) Bender weiß, „daß allmählich ein Sonderbewußtsein der Deutschen zwischen Elbe und Oder entstanden ist, das mehr umfaßt als die Solidarität einer Notgemeinschaft“ (S. 90) und das durchaus auch in politische Bereiche reicht. So darf man bei der ganz überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung der DDR (75%) nicht etwa vermuten, sie wolle eben die Gesellschaftsverfassung der Bundesrepublik übernehmen. Bender berichtet: „Man will die tatsächlichen oder vermeintlichen Vorteile beider Seiten verbinden. Die sozialen oder sozialistischen Einrichtungen der DDR sollen mit westlicher Freiheit und westlichem Wohlstand zu einer Ideallegierung verschmolzen werden.“ (S. 91.) Der Bau der Mauer müßte „die Resignation und die Bereitschaft zum Arrangement verstärkt haben und weiter verstärken“ (S. 93), und „die Bereitschaft, spürbare, wenn auch begrenzte Erleichterungen zu begrüßen und nicht durch übersteigerte Forderungen zu gefährden, müßte nach alldem in der DDR gewachsen sein“. (S. 94.) Tatsächliche Verbesserungen würden in dem Maße, in dem sie zu mit der Bundesrepublik vergleichbaren Lebensumständen führten, auch den Wunsch nach Wiedervereinigung abbauen. Wer unter Ulbricht nicht weggegangen sei, würde wegen Gomulka oder Kadar nicht revoltieren. Diese Stimmung gäbe „auch einem SED-Führer Chancen, der (wie Kadar) Moskau mehr als Deutschland verpflichtet sein müßte, aber zugleich die wichtigsten Wünsche der Ostdeutschen erfüllen könnte . . . Ein Kommunist, . . . der die permanente Beleidigung menschlichen Selbstge-

Umfrage

Die Erfahrung hat gezeigt, daß der bürgerliche Wissenschaftsbetrieb die Vermittlung von Studium und sozialistischer Politik erschwert. Da sozialistische Theorie sich jedoch auch hierzulande nicht isoliert von wissenschaftlicher Arbeit weiterentwickeln läßt, führt der Bundesvorstand des SDS seit Juli dieses Jahres eine wissenschaftliche Umfrage durch, die sich an Mitglieder, ehemalige Mitglieder und gegenwärtige Freunde des SDS wendet.

Mit der Umfrage beabsichtigt der Bundesvorstand des SDS zweierlei:

1. Durch Sammlung von Informationen über die wissenschaftliche Arbeit westdeutscher Sozialisten soll eine Koordination dieser Arbeit und eine bessere Kooperation dieser Sozialisten ermöglicht werden.

2. Da unsere heutige Situation nicht länger erlaubt, die Mitgliedschaft im SDS lediglich als Durchgangsphase zu betrachten, soll der SDS in den Bemühungen um eine ständige Weiterentwicklung sozialistischer Theorie zum Kristallisationszentrum werden, das auch nach dem Examen von ehemaligen SDS-Mitgliedern weiterhin als solches betrachtet wird.

Hinzu kommt die pragmatische Intention, durch zentrale Sammlung von Informationen auf die geleistete Arbeit ständig zurückgreifen zu können.

Der Bundesvorstand des SDS appelliert an die Leser der nk, sich an der Umfrage zu beteiligen. Exemplare des Umfrageschemas mit den entsprechenden Erläuterungen stellt die Redaktion der nk auf Wunsch zur Verfügung.

fühls, wie sie ein Leben unter der SED enthält, beseitigt und die Familien wieder zueinanderkommen läßt, wird nicht gestürzt, sondern wird populär, auch wenn er nicht die Wiedervereinigung bringt . . . Und ein nationaler Führer ist in der DDR, wer die Erfordernisse des Ostblocks soweit wie nötig und die Interessen der Deutschen soweit wie möglich beachtet." (S. 97 f.)

Nun gibt es in der Tat einen Zwang sowohl wie eine Tendenz zu Veränderungen auch in der DDR. Der Bau der Mauer fördert und erzwingt ihn gleichermaßen: „Die geschlossene Grenze hat die SED-Führung des Entschuldigungsgrundes der offenen Grenze beraubt. Spätestens seit 1962 sind wirtschaftliche und politische Mißerfolge nicht mehr mit dem dauernden Bevölkerungsverlust zu rechtfertigen, jetzt müssen die deutschen Kommunisten wirklich zeigen, ob sie imstande sind, einen funktionierenden Staat und eine funktionierende Wirtschaft aufzubauen. Und das kann nicht gegen die Bevölkerung, sondern nur mit ihr geschehen." (S. 99) Daher zeigen sich seitdem auch gewisse Wandlungen. Dazu gehört besonders eine Versachlichung im wirtschaftlichen Bereich. Ueberhaupt geht es „nicht mehr so überspannt, hektisch und uneinsichtig zu", (S. 101) obwohl auf Teilgebieten auch Verhärtungen beobachtet werden müßten. Als wichtig aber hat Bender auch beobachtet, daß für die jüngeren SED-Leute „zu einer allmählichen Reform gar keine Alternative mehr besteht". (S. 102) Und auch Moskau drängt auf Veränderung, weil es einen wirtschaftlichen Aufschwung der DDR wünscht und weil es „die offensiven Möglichkeiten seines ‚deutschen Glacis'" (S. 103) entwickeln möchte, wie es 1958 in dem Programm zur Einholung des Lebensstandards der Bundesrepublik bereits einmal versucht wurde. Schließlich darf sich die DDR von der inneren Entwicklung im Ostblock auch nicht allzu weit entfernen, da sich sonst die Spannungen in ihr nur noch verstärken würden.

4. Deutschlandpolitik als Entspannungspolitik

Aber „die Änderungen in der DDR sind im Verhältnis zu den Gründen, die dafür sprechen, verschwindend gering". (S. 106) Aus seiner Lageanalyse ergibt sich für den Autor rasch die Antwort: „Die Unsicherheit der SED-Regierung wird so lange dauern, wie sie von der Bundesrepublik in Frage gestellt wird." Daher stützt die Bundesrepublik auch Ulbricht und die verkrampften Kräfte in der Führung der SED gegen die Sowjetunion. Erst wenn die SED-Führung sich stärker fühlen könnte, kämen die Lockerungen voran. Da aber die besondere Unsicherheit der SED aus ihrer Nachbarschaft zur „übermächtigen" Bundesrepublik kommt, muß in Bonn etwas geschehen, damit „in Ostberlin etwas Entscheidendes geschieht . . . Der Schlüssel für eine relative Freiheit im östlichen Deutschland liegt, wenn es ihn überhaupt gibt, in Bonn." (S. 107ff)

Die Politik Bonns müßte also „nicht mehr darauf gerichtet sein, den Kommunismus im anderen Deutschland zu beseitigen, sie muß dazu beitragen, ihn zu ändern". (S. 111) Bender deutet die Mitschuld der Kalten-Kriegs-Politik der Bundesregierung an der Mauer an, wenn er schreibt: „Die radikale Abriegelung seit dem 13. August ist nicht das Ergebnis westlicher Zugeständnisse oder einer Konsolidierung der DDR, sondern das letzte Glied einer Kausalkette immer weiterer Verschärfungen der inneren und schließlich auch außenpolitischen Situation Ostberlins." (S. 113) Die Bundesrepublik müsse statt dessen eine Politik machen, die der SED „die Flucht in die Kooperation mit der Bevölkerung" (S. 114) erlauben würde. Doch „der erste Schritt muß hier schon in Bonn kommen", woraus sich „eine Art Koalition der Vernünftigen beider Seiten" ergeben könnte. (S. 115) „Diese neue Politik wäre auf lange Sicht gezwungen, die DDR immer mehr formal zu respektieren und schließlich sogar völkerrechtlich anzuerkennen." (S. 116) Die Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik will Bender zum Bestandteil und Instrument der Ausgleichspolitik machen, da diese sonst in Halbheiten steckenbleiben und die DDR noch immer in Frage gestellt würde.

Erste Maßnahmen der neuen Deutschlandpolitik müßten sich auf die Unterstützung der ostdeutschen Wirtschaft richten; Wirtschaftshilfe dürfte aber nicht so angelegt sein, daß sie von der DDR-Regierung aus Prestigegründen oder als „taktischer Ansatzpunkt" zur innenpolitischen Einwirkung auf sie abgelehnt werden müßte. Darüber hinaus müßte die Bundesrepublik alle die vielfältigen Möglichkeiten, welche eine solche Politik ergeben würde, nützen, um im Rahmen des Gesellschaftssystems der DDR auf dessen positive Entwicklung und Stärkung einzuwirken. Erst wenn dann die Fluchtgefahr beseitigt, also die Lebensumstände in der DDR freundlicher und besonders der Lebensstandard dem der Bundesrepublik vergleichbarer geworden ist, läßt sich die Mauer beseitigen und sind Kontakte eher möglich. Denn „die SED ließ bekanntlich bisher nur Kontakte zu, bei denen sie glaubte, gut abschneiden zu können. Sie wird Kontakte in größerem Umfang nur gestatten, wenn sie sich wirkungsvoll präsentieren kann, materiell wie personell." (S. 126)

Die vielen, bis ins einzelne gehenden Vorschläge Benders zielen allesamt auf eines ab: „Erstes Ziel dieser Politik muß sein, Politik überhaupt erst wieder zu ermöglichen. Es muß ein gemeinsames Aktionsfeld da sein, auf dem Gelegenheit ist, zu geben und zu verweigern, zu werben und zurückzuweisen, besonders aber das Verhältnis zu entspannen und zu versachlichen." (S. 139) Dann ließen sich viele Möglichkeiten, wie Abkommen über den Reiseverkehr oder solche für eine militärische Entspannung in Mitteleuropa, näher ins Auge fassen, wobei die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als selbstverständlich erscheint; dann ließe sich sogar, wie Bender meint, die Position des Westens in Berlin verbessern, könnte gar die Dreistaatentheorie der DDR mit der Übernahme der Zweistaatentheorie durch die Bundesrepublik abgewendet und aus Berlin ein Kulturzentrum und

wirklicher Treffpunkt von Ost und West werden. Eine solche Politik des Ausgleichs und der Konsolidierung der DDR einschließlich ihrer Anerkennung würde, nach Bender, dem Ziel der Wiedervereinigung nicht nur nicht widersprechen, sondern ihr im Gegenteil am Ende allein näherkommen, da an eine Kapitulation Moskaus nicht zu denken sei. Die Entspannungspolitik würde vielmehr einen langwierigen Prozeß einleiten, aus dem die Wiedervereinigung der beiden Staaten schließlich über eine Konföderation hervorgehen könnte. Bender fragt sich in einigen Schlußbemerkungen, wieweit eine „Möglichkeit für Deutschland" im Westen und in der Bundesrepublik Chancen hat, sich durchzusetzen. Er ist sich darüber im klaren, daß dies nicht von der Bundesrepublik allein, sondern von den westlichen Ländern insgesamt, besonders von den USA und deren Entwicklung, entschieden wird. Wahrscheinlich würde er daher auch der These zustimmen, unter einer von Goldwater geprägten amerikanischen Politik hätten die ausgleichswilligen Kräfte in der Bundesrepublik kaum Chancen, sich durchzusetzen, möglicherweise würde sogar das Tauwetter in der politischen Atmosphäre von neuem Frost abgelöst. Aber auch ohne dies liegen nach Benders Auffassung „die größten Schwierigkeiten für eine solche Politik in der Bundesrepublik selbst". (S. 159)

Im Jahre 1958, als der gegen Ulbricht opponierende Schirdewan gestürzt worden sei, hätte es in Bonn — so berichtet Bender — „ziemlich verbreitet" die Meinung gegeben: „Ein Sieg Schirdewans über Ulbricht wäre keineswegs zu begrüßen, denn ein ‚deutscher Gomulka' könne den Kommunismus in Deutschland vielleicht etwas attraktiver und damit gefährlicher machen." (S. 160) In dieser Auffassung spiegele sich die Mehrheit der Bundesrepublikaner, die vor allem Sicherheit, keine Experimente, also Schutz vor dem Kommunismus wollten und die der Haltung der Regierung entspräche. „Hinter dieser Haltung stehen eine Überschätzung, ja Dämonisierung des Kommunismus und das Gefühl, einer solchen Vollendung von fanatischem Machtstreben, strenger, allumfassender Organisation, Skrupellosigkeit und revolutionärer Erfahrung nicht gewachsen zu sein." (S. 161) Ein solches „Unterlegenheitsgefühl" bestehe, wenn auch vielfach unbewußt, in weiten Teilen der bundesrepublikanischen Bevölkerung, und „so entsteht bei besorgten Leuten immer wieder das Bedürfnis nach einer ‚Gegenideologie' . . .".

„Die Ursachen all dieser Erscheinungen sind offensichtlich: Bolschewismus-Schock des Bürgertums seit 1917, Goebbels-Propaganda, Russeneinmarsch, Stalinisierung ganz Osteuropas einschließlich der Sowjetunion, Bedrohung Berlins." (S. 162) Das habe „nur unwesentlich vergröbert" zu dem „Grundsatz westdeutscher Ostpolitik" geführt, „daß Politik mit den Kommunisten erst möglich sei, wenn sie keine Kommunisten mehr sind". (S. 162) Peter Bender will das so ändern: „Hinter den vielen verschrieenen Tabus steht die Angst. Daran wird sich nur etwas ändern, wenn es gelingt, die allgemeine Vorstellung vom Kommunismus zu normalisieren und ein wirklichkeitsgemäßes Bild von der DDR und vom Kräfteverhältnis in Deutschland zu verbreiten; wenn zwischen äußerer Macht und innerer Schwäche des deutschen Kommunismus unterschieden wird; wenn man sich bewußt ist, daß der Ostblock zwar den Bestand der DDR garantieren kann, einer DDR, die sich dem ideologischen und politischen Kampf mit der Demokratie stellt, aber nur wenig zu helfen vermag; wenn nicht mehr die Propagandisten und auch wirklichen Agenten, die in der Bundesrepublik ihr Handwerk treiben, das Hauptaugenmerk auf sich ziehen, sondern die verzweifelten Anstrengungen der SED-Führung, die Bevölkerung der DDR wenigstens zu gutwilliger Loyalität zu gewinnen, wenn allgemein klar wird, daß die Kommunisten nur dem Augenschein nach im Angriff, den Tatsachen nach aber in der Verteidigung sind und daß ihre Aggressivität fast nur so weit von Belang ist, wie sie die Schwäche des Kommunismus in Deutschland verschleiert. Erst wenn als die Grundtatsache der DDR nicht ihre Gefährlichkeit, sondern ihre innere Unsicherheit ins allgemeine Bewußtsein rückt, kann ein berechtigtes (nicht übertriebenes!) Selbstgefühl entstehen." (S. 163) Die Bundesrepublik, meint Bender, wird „gezwungen sein, auf manche Nöte der DDR Rücksicht zu nehmen und sich mit ihr zu arrangieren, ohne jedoch in dem Bemühen nachzulassen, die Ausstrahlungskraft einer freien Gesellschaft mit allen Kräften zu verstärken . . . Es ist eine Politik auf lange Sicht." (S. 164f)

II Kritik

1. Das unhistorische Bewußtsein der „offensiven Entspannung"

Die letzten Zitate lassen erkennen, wovon der Journalist Bender ausgeht: vom allgemeinen Bewußtsein in der Bundesrepublik, dessen verbindliche Ideologie der Antikommunismus ist. Er kritisiert diese nur soweit, wie er bemerkt, daß sie zu Absichten kommt, die an den Realitäten scheitern. Weil er aber abstrakt, ohne weitere Reflektion über seine Ursachen, sich eben an dieses Bewußtsein wendet und es überzeugen will, gerät er selber auf falsche Positionen, und sein eigenes Bewußtsein zeigt ideologische Akzente.

Er unterstellt einfach, daß „der kalte Krieg vom Osten begonnen" worden sei, aber allerdings „ist inzwischen auch der Westen darin befangen". (S. 138) Sicherlich hat Stalin in der günstigen Situation nach dem Kriege den Einflußbereich Rußlands erweitert, ein Akt, der genau unter die Kategorie der „reinen" Machtpolitik fällt, wie es ja auch die lange Zeit erklärte Bereitschaft der Sowjetunion zeigt, ihre deutsche Besatzungszone gegen Garantien und unter Verzicht auf deren „Kommunisierung" herauszugeben. Aggressiv und ideologisch war dagegen sehr viel mehr die Politik des Westens seit 1946. Hätte Bender nicht einfach

die Schuld am kalten Krieg den Sowjets unterstellt, hätte er statt dessen seine Geschichte untersucht, wäre ihm aufgefallen, daß der Westen den machtpolitischen Ausgleich — aus der Überschätzung seiner Machtposition und aus dem Drang zur Niederwerfung des Kommunismus heraus — verweigert hat. Während also bei Peter Bender die Chruschtschowsche Politik der friedlichen Koexistenz immer wieder als ein Resultat der nunmehr zustandegekommenen „Entideologisierung" der sowjetischen Außenpolitik erscheint, drängt sich die Einsicht auf, die sowjetische Politik erscheine Bender nur deshalb anders, weil die Politik des Westens sich geändert, entideologisiert hat und weil die positive Entwicklung im Ostblock dem gängigen Antikommunismus widerspricht. Genau wie es aber Bender für die Vergangenheit an historischem Bewußtsein mangelt, sind seine Zukunftsperspektiven unhistorisch. Zwar stützt er sich auf den wirklichen historischen Progreß in den kommunistischen Ländern, und er will sich mit seiner Politik diesem unterstützend anvertrauen, aber er unterstellt immer wieder den gegenwärtigen Zustand im Osten — die noch hinter dem Westen zurückbleibenden Produktivkräfte und alles, was daraus, wie teilweise die autoritären Züge der Gesellschaft, folgt —, um so dem allgemeinen Bewußtsein eine prinzipielle Überlegenheit der „westlichen Demokratien" vorzurechnen, während „auch ein liberalisierter Kommunismus noch Kommunismus ist und die prinzipielle Absage an die Demokratie enthält." (S. 165) Er treibt also genau das, was er eigentlich ablehnt und bekämpft: den Aufbau einer „Gegenideologie".

2. Aspekte zu einer kritischen Theorie der Entspannung und der friedlichen Koexistenz

Da Benders historischer Horizont beschränkt ist, muß er den Westen ebenfalls als Abstraktum, quasi als Demokratie an sich, behandeln, und obwohl er von einer Rückwirkung der Außenpolitik auf die inneren Verhältnisse auch der kapitalistischen Länder weiß, vermag er diese Beziehung in seine Theorie nicht einzubeziehen. Seine Theorie der Entspannung bleibt wegen dieser Beschränktheit höchst unzureichend. Chruschtschows Politik der friedlichen Koexistenz erwartet, unter Verzicht auf atomare Gewalt, die Entfaltung der inneren Widersprüche der kapitalistischen Länder und als Folge die Transformation zu kommunistischen Systemen. Den kommunistischen Ländern fällt dann die Aufgabe zu, in ihrer empirischen Existenz die Überlegenheit des kommunistischen über das kapitalistische System nachzuweisen. Auf diesen Gedanken hat Stalin seine Politik noch nicht bauen können, er kann in dieser Konsequenz erst unter der Bedingung des militärstrategischen Gleichgewichts bei einem Stand der ökonomischen Entwicklung in der Sowjetunion selber entstehen, der die baldige Parität der ökonomischen Potenzen mit denen der kapitalistischen Industrieländer verheißt. In entwickelter Form könnte diese Theorie dann etwa so lauten: Die Außenpolitik der kommunistischen Länder hat deren innenpolitische Entwicklung so weit wie möglich vom Druck des kapitalistischen Lagers zu entlasten. Angesichts der im Gegensatz zur Stalinschen Periode nun erreichten militärischen Parität mit dem Westen müßte sie den ausgleichswilligen Kräften in den kapitalistischen Ländern die Bereitschaft zum Ausgleich zeigen und durch Demonstration machtpolitischer Größe zugleich erzwingen. Die ersten Schritte hätten sich auf einen Rüstungsstopp zu richten, durch den die eigene Wirtschaft entlastet und gefördert und der nicht mehr bloß durch Zwangsmaßnahmen zu unterdrückende Drang der Bevölkerung nach größerer Wohlfahrt leichter befriedigt werden könnte. Plötzliche Abrüstungsmaßnahmen könnte sich allerdings die Regierung gegenwärtig noch nicht ohne weiteres erlauben, da sie ohne gründliche Vorbereitung leicht einen Erdrutsch im äußeren Einflußbereich oder auch im eigenen Land auslösen könnten. Diesem Prozeß entspräche eine in dem Maße ihre Mittel sublimierende politische Auseinandersetzung, in dem die gesellschaftlichen Verhältnisse an Zwangsgestalt verlieren, rationalisiert und durch die politische Aktivität der Bevölkerung in dieser Auseinandersetzung in deren Verfügung gebracht werden. Soweit dieser Prozeß nicht — etwa durch die Schwäche der kritischen Kräfte, die ihre theoretische Begründung in den revolutionären Ursprüngen der Ideologie finden könnten — zur Stagnation und zum Zusammenbruch käme, oder aber in unbeherrschte Selbstbewegung entgleiten würde, könnte er das Versprechen, als soziales und politisches Modell kritische Impulse auf die kapitalistischen Ländern auszuüben, in dem Maße einlösen, in dem sich die Wirtschaftskraft der Länder angleicht. Die nachdrückliche, auf machtpolitisches Gleichgewicht sich stützende Außenpolitik hätte zugleich den Effekt, die Tendenz der kapitalistischen Länder, ihre inneren Widersprüche in die äußere Expansion und in die Rüstung abzuleiten, zu stoppen. Der durch seine Internationalisierung abgeschwächte Klassenkampf im Inneren dieser Länder könnte eher wieder in Bewegung kommen.

Dadurch könnten die Kritiker des Kapitalismus an Kraft gewinnen und die Transformation des Kapitalismus zu einer Gesellschaft einleiten, in der der Reichtum Segen und nicht Fluch bedeutet. Mit der Bereitschaft zur Umformung der Gesellschaft müßte aber auch die Bereitschaft zum Ausgleich, zu Abrüstung und Verständigung wachsen, da eine solidarisch geformte Gesellschaft deren Folge, Ersparung von Arbeit, nicht fürchten müßte, sondern begrüßen könnte. In gewissen Grenzen würde also die erfolgreiche Koexistenzpolitik, sowohl durch ihr Versprechen, den Frieden zu sichern, als auch durch ihre Einwirkung auf die gesellschaftliche Dialektik des Kapitalismus, die Kräfte hervorrufen, die ihrerseits Koexistenz- und Entspannungspolitik auf Grund ihrer sozialen Interessen entwickeln können.

Freilich wirken all die angegebenen Verhältnisse nur tendenziell, und sie setzen sich keinesfalls mechanistisch durch. Ganz besonders aber muß eine kraftvolle Koexistenzpolitik der Sowjetunion nicht notwendig den Sieg der progressiven Kräfte in den kapitalistischen Ländern hervorrufen. Wenn die Innenpolitik dort in Bewegung gerät, kann das auch zum Sieg der Reaktionäre, zu neuem Rüstungswettlauf und modernem Faschismus führen.

Da die Alternative zur Entspannung nur noch der kalte und schließlich auch der heiße Krieg zwischen den atomaren Weltmächten sein könnte, liegt in deren militärischem Gleichgewicht ein gewisser Antrieb zur Entspannungspolitik auch für den Westen, dessen innere Verfassung eher zur Expansion drängt. Solange der ökonomische Abstand zwischen Ost und West groß genug ist und solange der Überfluß in den kapitalistischen Industrieländern noch zu keinen größeren Erschütterungen führt und sozialistische oder aber faschistische Lösungen erzwingt, kann sich der Westen von verstärkten Beziehungen eine demokratische Einflußnahme auf den Osten im Sinne Benders durchaus erhoffen, die, weil durch die Regierung dosiert und von eigenem System gesiebt, allerdings kaum zu kapitalistischen Tendenzen führen können. Der Grad dieser Einflußnahme ist allerdings von der sozialen und politischen Demokratisierung im Westen selber abhängig. Sicherlich hat der Osten Interesse an technischen Informationen. Aber dieses Interesse nimmt ab und wird ersetzt durch den Wunsch zur Zusammenarbeit. Soziale Modelle aber hat der Westen kaum anzubieten, und bei einer zunehmenden Entfaltung der Widersprüche im Westen würde der Osten sehr rasch offensiv werden können. Die heute mit großer Vorsicht eingegangenen Verbindungen könnten sich bei einer solchen gegenläufigen Entwicklung als bedeutende Aktivposten des Ostens zur Beeinflussung des Westens erweisen.

Entspannungs- und Koexistenzpolitik kann aber nicht entworfen werden, ohne daß eine weitere Größe in die Überlegungen einbezogen wird: die unterentwickelten Länder. Einerseits verlagert sich die Auseinandersetzung der Gesellschaftssysteme in den Kampf um Einfluß auf diese Länder, wodurch die direkte militärpolitische Rivalität der beiden Weltmächte verschoben wird. Andererseits drängen diese „jungen Nationen" auf Mitsprache in den Angelegenheiten dieser Welt und bauen militärische und politische Machtpositionen auf, die die beiden Weltmächte in eine gemeinsame Front zur Sicherung ihrer Vormachtstellungen drängen.

Während die beiden Mächte sich also auf den Atomteststopp-Vertrag einigten, bekämpften sie sich in den Entwicklungsländern unvermindert weiter. Die kapitalistischen Länder suchen in der Hilfe für den Aufbau der Wirtschaft in diesen Ländern Hilfe für ihre eigenen Investitionsschwierigkeiten und sichern sich damit zugleich politischen Einfluß, den sie notfalls auch militärisch verteidigen. Die Sowjetunion dagegen kann so große wirtschaftliche Ressourcen nicht einsetzen und wirkt sehr viel mehr durch das Beispiel ihrer eigenen Entwicklung. Je größer die Ansprüche der Entwicklungsländer auf Hilfe und Einfluß, desto größer scheint der Zwang auf die Großmächte, sich zu arrangieren, um einerseits als Rivalen helfen zu können und andererseits ihre Position zu halten.

3. Perspektiven in Deutschland

In Deutschland erscheinen die Beziehungen des Ost-West-Verhältnisses potenziert. Es gibt in Deutschland fast nur die Alternative: Entspannung, friedliche Koexistenz oder kalter Krieg zwischen den beiden Staaten. In der Bundesrepublik wird daher von Peter Bender ein bewundernswürdiges konsequentes Programm für eine Entspannungspolitik gegenüber der DDR vorgelegt, und in der Bundesrepublik wird noch immer eine Politik gegenüber der DDR gemacht, die deren Entwicklung in jeder Weise behindert und stört; alles Drängen der Westmächte hat nur geringfügige Modifikationen ergeben.

Deutschland, das große Möglichkeiten bietet, das ein Modell der Entspannung und Koexistenz sein könnte, ist eher ein Hort des kalten Krieges. Bender sagt uns, Bonn müsse seine Politik ändern, er sagt uns aber nicht, wie dies geschehen könnte. Er appelliert statt dessen an das allgemeine Bewußtsein in der Bundesrepublik und will es zur Vernunft bringen. Ob vielleicht als Voraussetzung einer neuen Deutschlandpolitik eine neue Bundesregierung nötig wäre, diskutiert er erst gar nicht. Möglich scheint eine neue Regierung auch nach den nächsten Bundestagswahlen nicht zu sein, und von den Sozialdemokraten wären allenfalls Modifikationen zu erwarten — mehr oder weniger als Konzession an die hoffentlich unveränderte amerikanische Politik.

Peter Bender wendet sich an die Öffentlichkeit, wie ja die sachliche, politische, nicht die institutionelle Opposition sich überhaupt gerade in dem Moment als lediglich kritische Öffentlichkeit zeigt und auf diese sich stützt, in dem der „Strukturwandel der Öffentlichkeit" von ihr selber konstatiert wird. Diese kann aber, so hat es derzeit wenigstens den Anschein, allenfalls in Einzelfällen eine „neue Politik Bonns" erzwingen. Einen der wesentlichen Gründe, weshalb es die Entspannungspolitik in der Bundesrepublik so schwer hat, gibt Bender selber an: Die in Bonn „ziemlich weit" verbreitete Furcht vor einem attraktiven Kommunismus in der DDR. Diese Möglichkeit macht es den herrschenden Kräften der Bundesrepublik schwer, bewegliche Politik zu betreiben. An dieser Perspektive wird die Grenzsituation zum Bumerang. Sicherlich gibt es in der Bundesrepublik eine beachtliche und wachsende Zahl von Menschen, die als „Bürgerliche" den Ausgleich wollen, ob sie sich durchsetzen, ist sehr fraglich. Bereits eine Versachlichung des Klimas in der Bundesrepublik gegenüber der DDR stärkt die allgemeine kritische Strömung in der Bundesrepublik und ruft den Widerstand der Vertreter des gesellschaftlichen und politischen Status quo hervor, denen die antikommunistische

Hysterie als bequemes Herrschaftsinstrument dient. Vorbereitend werden schon Notstandsgesetze gemacht. Die realistische Einsicht hofft daher eher auf einen Wandel in der DDR, trotz der westdeutschen Politik. Dann werden die reformbereiten und ausgleichswilligen Kräfte entlastet vom abschreckenden Beispiel und könnten in einer offensiven Koexistenzpolitik der DDR ihre Position finden. Mit einer schwachen DDR haben sie es besonders schwer, die Vernünftigkeit ihrer Position zu beweisen. Nicht genug, daß sie schon ihrer Strategie wegen, die sich allein auf den Schutz, Ausbau und letzten Endes auf die konsequente Verwirklichung der zu Ende gedachten Demokratie richten kann, auch von der DDR-Regierung mit großen Bedenken beobachtet werden müssen, behandelt diese sie auf Grund ihrer eigenen Unsicherheit als bloßen Entlastungsfaktor und ignoriert ihre zuerst aus der bundesrepublikanischen Situation hervorgehenden politischen Bedürfnisse, die gerade einer offensiven flexiblen Politik der DDR entsprechen würden.

Angesichts dieser Lage, in der sich die Änderung der Situation in Deutschland bei aller dennoch nötigen Anstrengung kaum absehen läßt, wird in dem trotz etlicher Fragwürdigkeiten akzeptablen Konzept Benders eine weitere Möglichkeit fragwürdig: die der langfristigen Wiedervereinigung. Die Integration der Bundesrepublik in die EWG und die Integration der DDR in den Ostblock, jedenfalls die Verflechtung mit der Sowjetunion, schreitet in einem Tempo voran, daß, wenn nicht schon heute, so mindestens in naher Zukunft der Nationalstaat in Europa zum Anachronismus wird. Mit einer nationalstaatlichen Wiedervereinigung könnte dann nicht mehr gerechnet werden. Nationale Belange wären nur noch über die Annäherung der Blöcke zu erreichen. Gerade dies strebt die Politik der Entspannung und Koexistenz an. Die beiden Deutschländer könnten dann „nationale" Politik so machen, daß sie ein wichtiger Faktor der sehr viel größeren Annäherung wären. Mit dem gängigen Begriff der Wiedervereinigung hätte dies allerdings nicht mehr viel gemein.

Peter Bender gerät in Gefahr, in Illusionen zu verfallen, weil er, hingerissen von der „Möglichkeit für Deutschland", nicht untersucht, welchen realen Interessen sie im eigenen Lande entspricht und widerspricht. Er macht auch hier eine Unterstellung: Demokratie und Rationalität der Gesellschaft der Bundesrepublik.

Er könnte sagen, es sei taktisch unklug, diese Probleme aufzuwerfen, und die Situation scheint ihm recht zu geben. Die aktuelle Stärke seines Buches liegt vielleicht gerade in dieser Schwäche, mit der er leichter „all jenen, die mit der Deutschlandpolitik der Bundesrepublik und der Sozialdemokratischen Partei unzufrieden sind, einen aktuellen Kristallisationspunkt schafft". (Theo Sommer, in DIE ZEIT, Nr. 27 vom 3. 7. 64.) Weil wir dieser Ansicht folgen, haben wir das Buch so ausführlich vorgestellt, aber die Schranken, in denen Peter Bender befangen bleibt, könnten von der Illusion leicht zu Enttäuschung und Resignation führen.

Die „Unzufriedenen" und ihr Autor werden ihre Schranken überschreiten und zur Analyse ihres Wirkungsfeldes, der bundesrepublikanischen Gesellschaft, fortschreiten müssen.

Über das Verhältnis von Naturwissenschaft und Gesellschaft

Robert Havemann: „Dialektik ohne Dogma?", Reinbek bei Hamburg 1964, DM 2,20

Engels kannte die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse einer Epoche, die in der Physik durch den mechanischen Materialismus gekennzeichnet ist. Die Anwendung dialektischer Kategorien auf die Natur mußte scheitern, solange der philosophisch-dialektischen Theorie eine positivistisch-mechanistische Praxis entgegenstand.

Den Naturwissenschaftlern, die „spontan zum Materialismus neigten", fiel es schwer, die vom dialektischen Materialismus geforderte Dialektik glaubhaft nachzuweisen. Die Folge war eine Abweichung der Naturwissenschaft von der naiv und unsinnig erscheinenden Philosophie im allgemeinen und von der dialektischen Philosophie im besonderen.

Die Entwicklung der modernen Naturwissenschaft zwingt die Wissenschaft zur Formulierung ihrer Gesetze in dialektischer Form. Damit ist die Voraussetzung geschaffen, von seiten der Naturwissenschaft die Erkenntnisse der dialektischen Philosophie zu bestätigen und dann, von der jetzt erst gesicherten materialistischen Grundlage, die Folgerungen im Bereich der Gesellschaft und der Philosophie zu ziehen.

In ihrer Entwicklung hatte die Naturwissenschaft, von der Sache gefordert, die falsche Allgemeinheit aufgegeben. Sich der differenzierten Sicht des Naturwissenschaftlers anzupassen, die Einheit der Wissenschaften schließlich zu finden, bleibt dem im mechanischen Denken bisher verharrenden materialistischen Philosophen eine Aufgabe.

Engels war es, der forderte, daß der Materialismus mit jeder epochemachenden Entdeckung in Natur- oder Gesellschaftswissenschaft seine Form ändern muß. Lenin schrieb: „Eine Revision der Form des Engelsschen Materialismus, eine Revision seiner naturphilosophischen Sätze enthält folglich nicht nur nichts ‚Revisionistisches' im landläufigen Sinne des Wortes, sondern ist im Gegenteil eine unumgängliche Forderung des Marxismus."[1])

Ein Versuch, die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse der Zeit nach Engels' Tod in den dialektischen Materialismus einzubauen und sie weltanschaulich zu deuten, unternimmt der „Revisionist" Robert Havemann.

Die Zerstörung des überkommenen Denkens in unvermittelten Gegensätzen im Bereich der Mikro- und der Makro-

physik nimmt R. Havemann zum Anlaß, eine Parallele zwischen physikalischem und gesellschaftlichem Bereich zu sehen. Der Vergleich zwischen den beiden Sphären, der Natur und der Gesellschaft, durch Havemann bleibt allerdings zu formal.

Wenn Heisenberg sagt: „Die Natur offenbart uns immer mehr ihren dialektischen Charakter, gerade im Bereich der Elementarteilchen. Aber die meisten Menschen können die Dialektik nicht vertragen — auch die Regierenden können das nicht. Dialektik schafft Unruhe und Unordnung“ [2]), so gilt das nicht nur für bürgerliche Gesellschaften. Auch den sozialistischen Staaten ist es noch nicht gelungen, der ihrer ideologischen Grundstruktur drohenden Gefahr von seiten einer konsequenten dialektischen Philosophie zu entgehen. Der ihnen von Havemann anempfohlene Ausweg wäre der dialektische, die Aufhebung der Gegensätze von Ordnung und Unordnung.

Hier sei schon auf das Abstrakte dieses Auswegs hingewiesen. Einer Gesellschaft, die so unter äußerem und innerem Druck steht wie die der DDR, müssen die Gedanken Havemanns Utopien sein, allerdings sehr notwendige Utopien.

Die Entgegensetzung Ordnung und Unordnung, Merkmal einer vordialektischen Gesellschaftstheorie, ist von der Dynamik der naturwissenschaftlichen Entwicklung überholt worden. Die Wissenschaft und der Wissenschaftler stehen ihrer Gesellschaft, der bürgerlichen wie der sozialistischen, die beide an der für ihre Selbstbehauptung notwendigen Statik und Positivität festhalten, fremd gegenüber. Die Fortschritte einer in Experimenten gesicherten wissenschaftlichen Theorie treten der Weltanschauung der stalinistischen Epoche entgegen, deren Beharrung auf den physikalischen Erkenntnissen des 19. Jahrhunderts keineswegs dialektisch genannt werden kann, noch weniger die administrativen Maßnahmen und ideologischen Einschätzungen, welche zur Lösung der Widersprüchlichkeiten getroffen wurden. Der Naturwissenschaftler erwartet sachliche Kritik unter Berücksichtigung seiner Probleme. Er hatte sich nur so, auf diese positivistische Art, von der Einseitigkeit des Dogmas befreit, um nun die philosophischen Grundannahmen der Gesellschaftstheorie, im Osten wie im Westen, auf ihre Vereinbarkeit mit experimentell Nachweisbarem zu prüfen.

Die Dialektik der Rationalität, die Grenzen der totalen Planung, zeigen sich in dem Augenblick, in welchem sich die materialistischen Grundlagen, auf die sich die Theorie im Osten stützt, durch die Erkenntnis der modernen Physik als überholt erweisen.

Die Quantenmechanik räumt dem Zufall, der Spontaneität, dem Irrationalen einen Platz ein, wie es in der klassischen Physik unbekannt war. In der Quantenmechanik determiniert der Grund mit Notwendigkeit das mögliche Verhalten der Elementarteilchen. Dies wird im Wellenbild der Teilchen in der Physik ausgedrückt: das Bild des Möglichen. Im Korpuskelbild, dem Bild des Wirklichen, tritt die Notwendigkeit in der Form des Zufälligen mit bestimmter Wahrscheinlichkeit in Erscheinung. Die Quantenphysik macht deutlich, daß es zwar für ein statistisches Ensemble der elementaren Materieteilchen nur eine einzige Möglichkeit des Verhaltens gibt — dies war die gesetzmäßig festgelegte Notwendigkeit der klassischen Physik —, daß aber jedes einzelne Teilchen die verschiedenen Möglichkeiten hat, abhängig nur von der Gesamtheit der notwendigen und zufälligen Bedingungen. Diese können von der Wissenschaft nicht vollständig erfaßt werden. Die klassische Gleichsetzung von Gesetz und Kausalität ist überholt.

Da der Zusammenhang von Möglichkeit und Wirklichkeit nicht streng gesetzmäßig ist, andererseits aber der Zufall als eine objektive Form des Zusammenhanges erkannt worden ist, kann damit die Dialektik von Freiheit und Notwendigkeit im Bereich der Materie verankert werden.

Diese physikalischen Erkenntnisse führen zu einer Vertiefung und Präzisierung gesellschaftlicher Begriffe. Für das Verhalten des einzelnen Menschen existiert ebenfalls keine absolut exakte Voraussage. Es gibt aber eine gesetzmäßig verbundene Reihe von Möglichkeiten, die sich aus dem Stand der gesellschaftlichen Entwicklung ergibt, die der Mensch verwirklichen kann. Der Versuch, die Spontaneität, die Willensfreiheit durch erhöhte Planung einzuholen, widerspricht der dialektischen Struktur der Wirklichkeit. Er bleibt daher ein utopischer Versuch der bürokratisch-positivistischen Apparatur, die Wirklichkeit zu überspielen.

Die Frage nach der Legitimität, Erkenntnisse aus der Mikrophysik auf den Bereich der Gesellschaft zu übertragen, ist noch unbeantwortet. Wegen der Kleinheit des Wirkungsquantums macht sich die Diskontinuität nur im atomaren Bereich bemerkbar, die Heisenbergsche Unschärferelation herrscht nicht im Bereich der klassischen physikalischen Erfahrung. Immerhin stehen dem Versuch Havemanns, aus der Spontaneität in der Mikrophysik ein Gebiet der Freiheit in der Gesellschaft abzuleiten, die bloßen Behauptungen seiner dogmatischen Gegner nach alleiniger Geltung der Bewußtheit, der Planung gegenüber. Eine Begründung auf mechanische, metaphysische Gesetze ist nicht mehr gerechtfertigt, seitdem diese Gesetze ihre bloß relative Gültigkeit erwiesen haben. Ihre dogmatische Aufrechterhaltung ist allerdings Notwendigkeit in einer Gesellschaft, in der der Plan alles ist.

Eine mögliche Lösung des Widerspruches von Spontaneität und Bewußtheit scheint sich anzubahnen in der Forderung, die Natur beherrschen zu lernen, Einsicht in die Notwendigkeiten der Gesetze zu erlangen, um damit die Voraussetzung zu erhalten, alle Möglichkeiten zu verwirklichen, was vollkommene Freiheit bedeuten würde. Dieses Stadium einer Gesellschaft mag am Ende eines unendlichen Grenzprozesses stehen. Die dann erreichte „kommunistische Gesellschaft“ mag Spontaneität ebenso wie Planung in der uns bekannten Form überflüssig machen, in einer Gesellschaft, deren materielle und philosophische Grundlagen

noch unentwickelt und wenig berechenbar sind, bedarf es allerdings noch der Spontaneität. Wenn diese Zusammenhänge nicht bewußt sind, wird diese Gesellschaft das Opfer unkontrollierter Spontaneitäten, letztlich das Opfer ihrer eigenen Utopien.

Auf einem anderen Gebiet kann gezeigt werden, wie die moderne Physik die dialektische Struktur der Natur aufdecken hilft. Bei der Beantwortung der Frage nach der Struktur und Größe der Zeit und des Weltraumes ließ sich der Materialismus als blinde Gegenhaltung zu theologischen Ansichten verleiten, dogmatisch von deren unendlicher Ausdehnung zu sprechen, ohne den neuen Mystizismus dieser Behauptungen zu erkennen.

Die allgemeine Relativitätstheorie erlaubt nun, die dialektische Synthese des Gegensatzes Endlich-Unendlich herzustellen. Sie schafft dies, indem sie zeigt, wie die Messung der beiden Größen abhängig ist von dem, was und wie gemessen wird, von der Materie und von den Geschehnissen.

Erst Experimente wie der Michelson-Versuch zeigten, daß die Fragen nach dem absoluten Raum, der absoluten Bewegung, Gleichzeitigkeit usw. falsch gestellt waren. Allgemein gesprochen waren stets gesellschaftliche Ursachen die Gründe für die Fragestellungen und ihre jeweiligen historischen Lösungen gewesen. In der stalinistischen Epoche wurde die Relativitätstheorie im Osten abgelehnt. Diese dogmatische Haltung, die zugleich Anschuldigung für eine dialektisch-materialistische Theorie sein muß, bezieht Havemann damit auf parallel verlaufende Erscheinungen im Bereich seiner Gesellschaft. Auch hier ist in vieler Hinsicht die Kontinuität bürgerlicher, vordialektischer Anschauungen erhalten. Die Leugnung von Restbeständen bürgerlicher Ideologie zeugt von wenig historisch-materialistischem Verständnis. Das muß mit Notwendigkeit zu einem falschen Selbstverständnis führen.

Havemann deckt als Naturwissenschaftler und als Marxist dasjenige in seiner Gesellschaft auf, was nicht mit deren Selbstverständnis als einer sozialistischen Gesellschaft übereinstimmt.

Die Gesellschaft, die Marx' Erkenntnisse in die Praxis überführen will, in der aber noch nicht die Dialektik von Möglichkeit und Wirklichkeit erkannt ist, in der die Möglichkeit des Stalinismus mit Zwanghaftigkeit zur Wirklichkeit wurde, in der Gesellschaft, die es nicht vermochte, den Spielraum des Zufalls, das Tätigwerden in der Geschichte, zu entdecken, geschweige denn zu nutzen, und die vom Bonapartismus ergriffen wurde wie nur eine bürgerliche Gesellschaft vor ihr, diese Gesellschaft hat es schwer, den Nachweis zu erbringen, sich auf eine dialektische Philosophie zu gründen.

Die Forderung — dies einzusehen —, die Havemann erhebt, ist allerdings zu abstrakt und berücksichtigt nicht immer die materiellen Bedingungen seiner Gesellschaft.

Suhrkamp

neu im August

Bibliothek Suhrkamp

130 T. S. Eliot
Zweisprachig. DM 5.80

133 Ramon José Sender
Requiem für einen spanischen Landmann
Erzählung. Aus dem Spanischen von Walter Boehlich. DM 4.80

edition suhrkamp

77 Wolfgang Hildesheimer
Herrn Walsers Raben / Unter der Erde

78 Karl Krolow
Schattengefecht

79 Ingmar Bergman
Wilde Erdbeeren (mit Fotos)

80 Marguerite Duras
Ganze Tage in den Bäumen

Jeder Band 3 Mark

SV

Diese erlauben es noch nicht, die in der Natur gefundenen dialektischen Verhältnisse auf die Gesellschaft zu übertragen. Für die Gesellschaft wie die der DDR, müssen Havemanns Vergleiche noch auf lange Zeit Aufforderungen bleiben.

[1]) W. I. Lenin: Gesammelte Werke, Bd. 14, Berlin 1962, S. 250, Dietz Verlag

[2]) Zit. bei Robert Havemann: „Dialektik ohne Dogma", S. 16

Wilhelm Bauer

Ansichten

In dieser erweiterten Buchbesprechung geht es darum, Hans Mayers „Positionsklärungen" kurz zu erläutern und die Problematik seiner Abgrenzungen gegen andere Literaturkritik — zumal die Lukács' — etwas aufzuhellen.

Hans Mayer galt als eine der wenigen Provokationen im gesamtdeutschen Literaturbetrieb, Provokation zu „materialistischer Ästhetik" (Mayer). Dem autoritären Gebaren des DDR-Wissenschaftsbetriebs sich entziehend, verlegte er Ende letzten Jahres seinen Wohnsitz aus der DDR in die Bundesrepublik. Anlaß zu handfesten Drohungen war wohl vor allem sein Buch „Ansichten zur Literatur der Zeit".

„Eine Lehrmeinung zuviel", hieß es und eine Jünger-Meinung griff um sich, die z. B. des Prof. Harri Jünger, Jena, der verkündete, Mayer entstelle das „Wechselverhältnis zwischen Kunst und Leben". Nun war Mayer einerseits vielen dort sicher oft zu geistreich und unorthodox erschienen. Zum anderen war er im Westen als notorisch marxistischer Kritiker der Literatur ausgemacht worden, was seinem Renommee wenig anhaben konnte. Aber zur Aura der „sozialistischen deutschen Nationalliteratur" wollte das nicht passen. Eine Liberalisierung der DDR in Sachen Literaturwissenschaft findet vorläufig jetzt im — liberalen — Feuilleton der „Zeit" statt.

Der erste Aufsatz — „Das Amt des Literaturkritikers" „Die Zeit", 11. 10. 63) —, der erschien, nachdem Mayer im Westen geblieben war, enthält einige programmatische Bemerkungen, vor allem zu G. Lukács. (Übrigens promovierte Mayer wie Lukács in Staatswissenschaften, Thema: „Die Krisis der deutschen Staatslehre und die Staatsauffassung Rudolf Smends", Köln, 1931.) Lukács dürftige Unterscheidung zwischen kritischem und sozialistischem Realismus tut Mayer — kurz und gut — als unfruchtbar ab. Lukács wird Dank abgestattet, aber Mayer rückt deutlichst von einer Literaturkritik ab, die ihm zu pauschal vorkommt: er will einzelne ästhetische Züge des Werks jeweils genauer festgestellt wissen. Geschichtlich ein Literaturwerk zu situieren, darum geht es ihm nach wie vor. An Hegel und Marx geschult, handeln seine „Ansichten" denn auch immer von Literatur in ihren Beziehungen zu konkreter Wirklichkeit, der Problematik vom „Bewußtsein des Menschen von unglücklichen Verhältnissen, die wert sind, aufgehoben, d. h. beseitigt zu werden".

„Im Lichte unserer Erfahrung" — ein stereotyp von Mayer wiederholtes Thomas-Mann-Wort — wirkt die neuere Kritik an Lukács wie eine unglückliche Revision. Mayer zieht Grenzen zwischen Lukács und sich, besonders wegen der politischen Akzente, die Lukács bei Unterscheidung zwischen Reaktion und Fortschritt pauschal setzte. In den ersten „Ansichten über einige neue Bücher und Schriftsteller" (mit Stefan Hermlin, Wiesbaden, 1947) wurde Lukács pauschal gelobt (als Mayer dessen revidiertes Brecht-Verdikt schon bekannt sein mußte). Unter politischen Akzenten finden sich bei Mayer auch die verwegensten Formulierungen: „Zustände einer Kultur, die in zwei Weltkriege getaumelt war" — waren da nicht auch Leute systematisch am Werk? Er spricht vom „pittoresken Elend Casablancas", beides in „Ansichten", 1962! Keine Ansicht, schon mehr, einfach hanebüchen ist der Befund: „Das Dritte Reich ... war ein akuter Rückfall ... in Regression" (die Reihe solcher schiefen Bonmots ließe sich aus den „Zeit"-Artikeln vermehren).

Das Neue, das zu diskutierende Problem wird schon in den ersten und wieder in den zweiten „Ansichten" geboten. Der Verzicht auf normative Poetik wird immer wieder betont, indem Mayer versucht, Kriterien für Literatur und Gesellschaft aus den Sachen selbst zu schöpfen. Dann aber schlägt er sich mit dem schon mythologischen Lindwurm der Psychologie und Biographie herum — und schließt die Soziologie nicht aus (neuerdings zitiert er Adorno — so auf der Kritikertagung in Berlin). Zu Kafka heißt es jedenfalls: „Die für ihn (Kafka) so typische Haltung des Zauderns, eines Sowohl-Als-auch, läßt sich abermals feststellen: wie in der Geschichte seiner Verlobungen und Entlobungen, in seinem Verhalten zum Vater, zum Judentum, zum juristischen Beruf" und an anderer Stelle: „Die psychologische wie die soziologische Exegese, die sich den Phänomenen des Mannes, des Beamten, des Sohnes, des Juden Kafka, des Deutschen in tschechischer Umwelt zuwandte ... hat ihre begrenzte, aber unbestreitbare Brauchbarkeit erwiesen ... Es war gegen Brod festzustellen, daß diese äußere Erscheinungsform ... gegen diese Dichtungen gehalten von einer noch schmerzlicheren Spannung zwischen Außenwelt und Innenwelt, Dichter und Dichtung zu berichten wußte." (Ansichten, 1962.) Und es wird zustimmend eine DDR-Dissertation gegen Wilhelm Emrich zitiert, „der keinen Versuch (unternehme), die besondere gesellschaftliche Position Kafkas und die soziale Funktion seiner Werke herauszuarbeiten". Da landet man wieder an Grenzen der literarischen Heimatkunde, trotz aller Kritik an Obskuranten (die Mayer in der DDR zu lokalisieren bereit ist), die „Grenzen der Literatur" zu bestimmen gedenken.

Hierzu paßt nahtlos, daß von Anna Seghers, der kaum eine klare Verarbeitung von Autobiographie zugeschrieben werden kann, genau das eine Werk als Angelpunkt für An-

sichten genommen wird, das autobiographische Züge zu tragen scheint.

Wie problematisch und immer doch wieder neue Sicht eröffnend die Formeln Mayers sein können, zeigt das Diktum über Sartre. Eklektizismus, Verlassen der marxistischen Grundposition — diese Vorwürfe mögen recht und billig sein, fordern Mayer jedoch selbst in die Schranken der Literatur. Postuliert er doch eine Dialektik der Natur mit dem Argument des Fortschritts, den Lukács mitgemacht habe durch Selbstkritik an „Geschichte und Klassenbewußtsein" von 1923. Und es taucht eine vorher psychologisch (!) verwandte Formel wieder auf; es heißt, Sartre strebe „nach einer Literatur des Sowohl-Als-auch. Es wird daraus aber eine Literatur des Weder-noch."

In „Ansichten des Witold Gombrowicz" scheint Mayer wieder mehr bei der Sache und bei sich zu sein. Doch variiert er hier mit Methode und einfallsreich die „l'homme et l'oeuvre" Kritik zu gesellschaftskritischer Analyse, präsentiert Pubertät als Gesellschaftszustand.

Da er biographische Züge bei Brecht-Werken schon in einen sprachlichen Gestus von allgemeiner Bedeutung gewandelt vorfindet, bietet er auch ein Kabinettstück der Interpretation. Dabei sieht man auch, daß Mayer zu diagnostizieren bemüht ist, wo Lukács nur ideologische Hausmittelchen am unbequemen B. B. probierte. Ansichten fungieren hier nach Mayer als Kristallisationspunkte der inneren und äußeren Gelegenheit, als Grundlage der literarischen Struktur.

Das, was bei Brecht Qualität ist, scheint bei Kraus Mangel zu sein — nach Mayer.

Konsequenz solcher Kritik: Karl Kraus wird ein Mann, der „unerforschliche Ratschlüsse" tätigte. Das ist kein aufschlußreiches Resultat einer Ideologiekritik, aber (um es vorweg zu nehmen) Mayer revidiert seine Bemerkungen mit der Erklärung, das Thema Karl Kraus und seine Zeit harre noch der Untersuchung. Die Pointe, Kraus habe aus einem ummontierten Goethe-Vers k e i n neues Gedicht gemacht, wirkt gesucht, da Kraus offenbar Neues in neuer Form sagen wollte.

(Goethe: „Wer Wissenschaft und Kunst besitzt, hat auch Religion. Wer jene beiden nicht besitzt, der habe Religion." Kraus: „Wer Kunst und Religion besitzt, der hat auch Wissenschaft. Wer diese beiden nicht besitzt, der habe Wissenschaft.")

Mayer spielt nicht den Zensor, aber er versteht die Satire dennoch nicht — um ein Kraus-Wort abzuwandeln. Er legt sein Verständnis des Satirikers dar. Genau das hat auch uneingeschränkt Kritiker-Lob gefunden. Nicht deshalb, sondern wegen der Bedeutung für das Verständnis der „Ansichten" sei der Aufsatz „Karl Kraus und die Nachwelt" hier näher angesehen.

Mayer versucht, Kraus Aufklärungsfeindschaft, Vorurteil des Konservativen, Belastung des Werks durch Tagesanlässe nachzuweisen. Allein solches Verständnis des Satirikers macht diese Interpretation des Epigramms gleich hand-

fest und Kraus wird ein Ding gar „rätselhaft" und „sonderbar". Daß der Autor sich entwickelte, wird von Mayer nicht erläutert. Er wirft im Namen der klassischen Aufklärung, die an anderer Stelle gegen Sartre herhält, dem Wiener lokale Beschränktheit vor. Gegen die Ehrenrettung der liberalen Presse durch Mayer ist hier keine Ehrenrettung des Wieners zu setzen. Nur sollte die Rationalität dessen, was Kraus sein Leben lang versuchte, betont werden.

Irrational, da dogmatisch, nämlich gebärdet die Ansicht Mayers sich da, wo Aphorismen als Klischee simplifiziert feilgeboten werden. So wiederholt er die Rede vom Einfluß Otto Weiningers. So einfach kann man es sich nicht machen. Kraus: „Ein Frauenverehrer stimmt den Argumenten Ihrer Frauenverachtung mit Begeisterung zu, schrieb ich an Otto Weininger...", oder „Ich bin nicht für die Frauen, ich bin gegen die Männer". Monistisches Denken — mit dieser Formel für Kraus steht man schon in der Reihe seiner literarischen Opfer: „Etwas Wahres ist immer dran. Ich sei, heißt es, einmal Monist gewesen. Ich habe wirklich einmal etwas gegen den Monismus geschrieben." Trennung der Sprache von der Sache sei nicht möglich, sagt Mayer; ja, sicher, wenn man Kraus schon nicht beim Wort nimmt, geht auch die Sache verloren.

Wenn Mayer undifferenziert Fortschrittsfeindschaft feststellt, so sei einmal mehr Kraus zitiert, der (ich meine im besten Sinne) aufklärerisch, die Warenwelt kritisierend, schrieb, „daß das Bedürfnis sich nach dem Angebot richte".

Und weiter: „Nicht, daß die Presse die Maschinen des Todes in Bewegung setzte — aber daß sie unser Herz ausgehöhlt hat, uns nicht mehr vorstellen zu können, wie das wäre: das ist ihre Kriegsschuld." Das Dilemma, in das Mayer gerät: Kraus als rückwärts gewandter Kritiker u n d als Förderer der Dichtung seiner Zeit (Wedekind, Trakl, Brecht, Lasker-Schüler) wird „sonderbar", „rätselhaft", „unerforschlich". Und es „ist die menschliche Substanz, der dieses große poetisch-kulturkritische Werk entsproß, nahezu rätselhaft geworden".

Mayer müßte genauer beweisen, daß der zurückgehaltene Schrei gegen den Nazismus „Die Dritte Walpurgisnacht" (1933) „schwach, mittelpunktlos, die Sprache merkwürdig fahl und fahrig" ist — nicht einen schwachen Seitenhieb verteilen. Vielleicht würde dann die Ansicht von Bruchstücken zur Einsicht, denn: „Jeder, der die Kraft hat, Beispiel zu sein, bringt seine Umgebung aus der Form, und die guten Sitten, die den Lebensinhalt der schlechten Gesellschaft bilden, sind immer in Gefahr, verdorben zu werden." Über eine solche Analyse von Literatur und Alltag wäre hinauszugehen, über das, was früher schon „politische Kultur" meinte und sich in den „Ansichten" wiederfindet. (Gleich zu Anfang klingt die Sympathie für Hofmannsthal auf.) „Was ist Kultur? Zu wissen, was einen angeht, und zu wissen, was einen zu wissen angeht." Der Ansatz aus den älteren Ansichten ist beibehalten worden, nämlich, daß der genannte Gedanke Hofmannsthals „eine tiefere Deutung der Kultur vom Einzelmenschen her (enthalte) als manche weitschweifige Abhandlung zur Kulturgeschichte", nur sei er aufs Politische auszudehnen, aufs „Glück des Einzelnen unter verschiedenen Staatsformen".

Vielleicht wäre im Lichte des Versagens einer Staats- und Gesellschaftsordnung auch Kraus anders zu sehen, nicht als ob er ein Sprachkunstwerk gewollt hätte; eher wäre zu fragen, ob er es einer Zeit zu versagen dachte, die nur mehr Schreien, kaum mehr Kunst zu tendiert. Denn Kunst ist, das ist wohl auch in Mayers Sinn, mitverantwortlich für das Glück der Menschen, nicht bloße Beruhigung.

Helmut David Wittenberg

Herrschaft ohne Sentimentalität

Theodor Geiger: „Demokratie ohne Dogma. Die Gesellschaft zwischen Pathos und Nüchternheit." (Szczesny Verlag, München, 1963)

Wie jeder zünftige Positivist sagt Geiger der Metaphysik, dem Dogma, der Irrationalität den Kampf an. Er untersucht den „Aufruhr der Gefühle", der in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg die Rationalität beiseite drängte: Spengler, Jugendbewegung, Nationalismus, ohne freilich diese Irrationalismen gesellschaftlich abzuleiten. Er prüft die geläufigen Phrasen der konservativen Kulturkritik, etwa die von der „Massengesellschaft". Er räumt auf mit Gemeinschaftsduselei und zeigt, daß gesellschaftliche Existenz nicht gefühlsmäßig, sondern intellektuell bewältigt werden muß. Zum Schluß entwickelt er seine These des Wertnihilismus, der allein die sozialen Beziehungen der Menschen versachlichen könne: Verzicht auf jeden Wertüberbau handfester Interessen. Wer möchte diese Kritik nicht unterschreiben? Wer möchte à la Ortega vom „Aufstand der Massen" unken oder sich etwa für die Metaphysik schlagen? Und wer würde ernsthaft dem Vorschlag einer Versachlichung in der Politik widersprechen und den gängigen Phrasen des Brusttons das Wort reden?

Aber sowohl G. sich radikal aufklärerisch gebärdet, erinnert er an das Schaf im Wolfspelz. Die propagierte Wendung zur nüchternen Gesellschaft soll sich in den Köpfen der Individuen vollziehen, der „Einer", wie G. sie schlicht nennt. Ihr von Ideologien (Werturteilen) getrübtes Bewußtsein braucht nur geklärt zu werden, dann muß die „Demokratie ohne Dogma" funktionieren. Gesellschaft ist im Grunde eine einfache Sache und nur durch Gefühle und Wertideen kompliziert. G. s Baconscher Ideologiebegriff läßt die Apperzeption von Gesellschaft als einer eigenständigen, die Ideologie selbst erst konstituierenden Objektivität nicht zu. Für G. ist Gesellschaft die Summe sozialer Beziehungen zwischen „Einern". Die These von der Massengesellschaft „widerlegt" der Autor, indem er durch mehrere Monate seine sämtlichen sozialen Kontakte minutiös protokolliert und resümierend

feststellt, sie seien eben doch vorwiegend intimer, weniger anonym-unpersönlicher Art! — Der Forderung nach Intellektualisierung der Menschen ist gewiß zuzustimmen, nur fragt sich, ob durch sie die Irrationalität des gesellschaftlichen Ganzen aufgelöst werden könnte, die für G. allerdings nicht existiert und von ihm vermutlich als metaphysisches Hirngespinst abgetan worden wäre. Dieser Irrationalität kann der Autor nicht innewerden, für den das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft keinen Antagonismus, sondern lediglich eine temporäre Disproportionalität darstellt. Individuum und Gesellschaft sieht er als Verhältnis zwischen einer entwickelten Maschine und einer zurückgebliebenen Mannschaft, die nun aufgemöbelt werden müsse. So einfach ist das alles!

G.s Buch wird nicht zuletzt wegen seiner Sprache Anklang finden, die zwischen Schludrigkeit und Gag schwankt. Niemand wird dem Emigranten, der einmal als Marxist begann, Sympathien für den Faschismus nachsagen können, aber sein Sprachgestus ist teils autoritär, teils banausisch. Wem Sprache mehr ist als ein durch ein Chiffrensystem jederzeit ersetzbares Verständigungsmittel, der wird in folgenden Proben verräterische Indizien sehen: „Jeder Idealist ist ein potentieller Gesellschaftsschädling" heißt es etwa (S. 201). An anderer Stelle spottet G. über „die krause Selbstquälerei des Sonderlings Kierkegaard" (S. 30). Und diesen, gegen die Psychoanalyse gerichteten Satz würde das deutsche Volksempfinden mit Freuden akzeptieren: „Alle jene dunklen, unkontrollierten Regungen, die normale Menschen von sich schieben, wurden durch gelehrte Fremdwortbezeichnungen zu tiefsinnigen Problemen aufgebauscht." (S. 22)

Das Unbefriedigende an dieser Art „Aufklärung" rührt von dem zu kurz gefaßten, unreflektierten Begriff von Rationalität selbst her. Versachlichung des sozialen Interessenkampfes durch Verzicht auf überwölbende Wertideen mag zunächst plausibel erscheinen, so problematisch eine radikale Trennung von Interessen und Werten auch ist. Diesen Interessenkampf aber dann sich selbst zu überlassen, ist schlechthin irrational. Der Glaube der Aufklärung, daß eine richtige Gesellschaft sich mit Hilfe der Vernunft installieren lassen könne, wird vom modernen Positivismus nur noch belächelt: „Niemals kann Vernunft über die Wahl eines Zieles entscheiden." (S. 199) (Folgerichtig spricht G. seinem eigenen Buch, das doch auf Praxis zielen soll, wissenschaftlichen Charakter ab.) Das einzige Kriterium einer wissenschaftlichen Sozialkritik bleibt schließlich das gleichmäßige Funktionieren der Gesellschaft: „Für das gesellschaftliche Zusammenleben kommt es nach wie vor darauf an, daß ein jeder mit einiger Sicherheit voraussehen könne, wie jeder andere in gewissen typischen Situationen handeln werde. Mit dieser Erwartungssicherheit verglichen ist es von untergeordneter Bedeutung, ob das in Fällen gewisser Art übliche und darum allgemein erwartete Verhalten dieses oder jenes sei." (230) Auf die Errichtung und Erhaltung der gesellschaftlichen Ordnung hatte schon Comte die Soziologie vereidigt, dessen Denken hier mit einem an Max Weber und Carl Schmitt orientierten Dezisionismus kombiniert wird: Die Entscheidungen über gesellschaftliche Praxis sind grundsätzlich irrational und wissenschaftsfremd; die Beschaffenheit der Gesellschaft wird sekundär gegenüber ihrem Funktionieren. Eine qualitative Differenz von Bolschewismus und Demokratie ist wissenschaftlich nicht konstatierbar, sondern resultiert aus dem „Gefühlsverhältnis" des Betrachters (S. 260). Als größtmögliches Glück der Menschen erscheint schließlich die Einsicht in die Notwendigkeit, die schon von Durkheim so empfohlene Unterordnung unter die Gesellschaft: „Wer dem verwickelten Getriebe der Großgesellschaft mit triebhafter oder fühlsamer Attitüde gegenübertritt, der freilich muß seine Abhängigkeit von ihr als unerträglichen, äußeren Zwang empfinden. Wer ihr dagegen mit intellektueller Grundhaltung entgegentritt, für den wird die Unterwerfung unter die durch diese Gesellschaft verkörperte, äußere Interdependenz nicht nur drückender Zwang, sie wird vielmehr eingesehene Notwendigkeit sein." (233)
Häufig wird von positivistischer Seite der Fortschritt gerühmt, den die „reine" Soziologie gegenüber der philosophisch orientierten Theorie der Gesellschaft erreicht habe. Angesichts der Geigerschen Regression zu Bacon und Comte fragt man sich, ob ausgerechnet dieses Buch zum dernier cri unter angeblich kritischen deutschen Intellektuellen werden wird.

Jürgen Brockmann

Zeitschriftenhinweise

In der Diskussion über die Gefahren der Notstandsgesetzgebung sind die Referate zu erwähnen, die Prof. Helmut Ridder und Rechtsanwalt Heinrich Hannover am 13. Juni 1964 vor dem „erweiterten Initiativausschuß für die Amnestie und der Verteidiger in politischen Strafsachen" gehalten haben. Die Referate liegen jetzt gedruckt vor in der „Veröffentlichung über die erweiterte 11. Arbeitstagung und Gesamtaussprache . . ." (Dr. W. Ammann, Heidelberg, Hauptstr. 113). Heinrich Hannover setzt sich in seinem Referat „Der totale Notstandsstaat" vor allem mit den sogenannten einfachen Notstandsgesetzen und dabei besonders mit dem „Zivildienstgesetz" auseinander. Er weist nach, daß durch dieses Gesetz „die Bevölkerung in zwei Gruppen eingeteilt wird, nämlich in Zivildienstberechtigte und Zivildienstverpflichtete. Bei näherem Hinsehen zeigt sich, daß diese Gruppen identisch sind mit dem in der marxistischen Terminologie als ‚Klassen' bezeichneten Unterscheidungen in Eigentümer von Produktionsmitteln und Proletarier . . ." Das Referat gehört zu den wichtigsten Stellungnahmen zur Notstandsgesetzgebung. Helmut Ridder zeigt in dem Referat „Aktuelle und grundsätzliche Fragen der Notstandsgesetzgebung", daß man damit rechnen müßte, daß eine „mit der Notstands-

gesetzgebung entstandene Nebenverfassung" zur ständigen Verfassungswirklichkeit werden würde, was die „Hauptverfassung unseres Grundgesetzes aber zum Blatt Papier machen müßte. Die Verfassungswirklichkeit wäre die Nebenverfassung, die man nicht mehr als eine rechtsstaatliche und demokratische bezeichnen kann. Das logische Verhältnis von Regel und Ausnahme ist auf den Kopf gestellt, wenn die Ausnahme eine permanente geworden ist".

Die „Monatsschrift für die Funktionäre der IG Metall", „Der Gewerkschafter", bringt in der Nr. 7 (Juli 1964) einen ausführlichen Beitrag von Jürgen Seifert unter dem Titel „Grundgesetz und Notstandsrecht", der vor allen Dingen wegen einer umfangreichen Zusammenstellung von wichtigen Zitaten, die in Diskussionen zu verwenden sind, Aufmerksamkeit verdient.

Über den gegenwärtigen Stand der Beratungen informierte „Der Spiegel" (Nr. 29, 15. Juli 1964). Aufschlußreich ist die dort zitierte Äußerung des Vorsitzenden des Rechtsausschusses, Hoogen: „Die Notstandsverfassung und mehrere Notstandsgesetze werden noch vor diesem Weihnachtsfest vom Bundestag verabschiedet sein. Das haben wir uns alle fest versprochen."

Seine dritte Analyse zu „Notstandsverfassung und Grundgesetz (III)" veröffentlicht Rudolf Kienast in „Das Argument 30". Kienast geht der „Auswirkung der Notstandsgesetze auf die Gesamtstruktur der Verfassung" nach. Das zentrale Thema dieser Nummer 30 sind „Faschismus — Theorien (I)". Die Hauptaufsätze stammen von Walter Benjamin: „Theorien des deutschen Faschismus. Zu der Sammelschrift Krieg und Krieger. Hrsg. von Ernst Jünger"; von Ronald Wiegand: „Herrschaft und Entfremdung. Zwei Begriffe für eine Theorie über den Faschismus"; und von Urs Müller-Plantenberg, der neuere Literatur über den Faschismus bespricht.

In „Arbeit und Recht" Nr. 6 (Juni, 1964) nimmt Reinhard Hoffmann zu der im Zusammenhang der Auseinandersetzungen in den Ford-Werken entstandenen Frage der „Tarifwirkung für später eingetretene Verbandsmitglieder?" Stellung. In diesem Zusammenhang ist auch auf den Beitrag von Peter Adena im „Express-International" Nr. 11 vom 4. Juli 1964 unter dem Titel „Bandgeschwindigkeit, neue Gewerkschaftsstrategie bei Ford" hinzuweisen. Die „Sozialistische Politik" bringt in der Juni-Nr. (6/64) einen beachtenswerten Beitrag aus Mannheim: „Werden die Gewerkschaften aus dem Betrieb verdrängt?" In den „Arbeitsheften" (Nr. 3, Mai 1964) hat Thomas von der Vring ausführlich „Zum neuen Schlichtungsabkommen in der Metallwirtschaft" Stellung genommen. v. d. Vring zeigt, daß die IG Metall in allen entscheidenden Fragen ihre Auffassung durchsetzen konnte (nicht zu verwechseln ist dieses Abkommen mit der neuen Tarifvereinbarung, die wesentlich kritischer zu betrachten ist). In der Nr. 4 der „Arbeitshefte" wird ein Beitrag von Jürgen Seifert aus der „Holzarbeiterzeitung" (Nr. 5, Mai 1964) zum Verhältnis der Gewerkschaften zu den politischen Parteien unter dem Titel „Neutral, unabhängig oder was sonst!" nachgedruckt.

In den „Gewerkschaftlichen Monatsheften" 6/64 veröffentlicht Richard Schmid kritische „Bemerkungen zum Thema Aussperrung". Schmid untersucht die Argumente des Beschlusses des Bundesarbeitsgerichts vom 28. 1. 1955 und vom 2. 1. 1963, das „der Aussperrung die höchstrichterliche Rechtfertigung erteilt". Schmid zufolge ist eine rechtliche Gleichsetzung und Gleichbehandlung von Streik und Aussperrung aber verfehlt.

Als Nachtrag zu der Presseanalyse von Hans Peter Riesche (nk 23, S. 5 f.) ist eine Auseinandersetzung in den beiden auf das Pfingsttreffen in Ost-Berlin folgenden Nummern des FORUMS, des Zentralorgans der FDJ, zu vermerken. Das FORUM setzt sich in drei offensichtlich abgesprochenen Leserbriefen und einer Stellungnahme der Redaktion mit dem Referat des SDS auseinander, ohne das Referat selbst den Lesern zur Kenntnis zu bringen. Wir hatten erwartet, daß die vom SDS vertretene These, daß ohne uneingeschränkte Freiheit der Information weder wissenschaftliche Forschung noch ein realer Emanzipationsprozeß des Menschen möglich ist, wenigstens als zu realisierendes Ziel von der FDJ akzeptiert würde. Daß die Redaktion des FORUM nicht einmal diese These ihren Lesern darlegte, erscheint uns als eine nicht zufällige Interpretation der Situation in der DDR seitens der FDJ. — Von dieser Art der Auseinandersetzung, die als Rückfall in die kaum einer Differenzierung fähigen Kalte-Kriegs-Attacken in Ost und West betrachtet werden muß, unterscheidet sich relativ wohltuend ein längerer Beitrag in der Ost-Berliner Wochenzeitung SONNTAG. — Angesichts dieser Reaktion der FDJ scheint es uns kaum verwunderlich, daß das Bemühen des Bundesvorstandes des SDS um eine Festlegung des auf dem Deutschlandtreffen mündlich vereinbarten Artikelaustausches zwischen FORUM und neue kritik bislang unbeantwortet blieb.

Die Redaktion

Mitteilung

Diesem Heft liegt der Text einer Petition an den Deutschen Bundestag bei, in dem konkrete Abrüstungsschritte gefordert werden. Die Kampagne für Abrüstung und der gesamte SDS bitten alle Leser der nk und deren Bekannte, diese Petition umgehend auf beiliegendem Blatt zu unterzeichnen und an den Geschäftsführer der Kampagne für Abrüstung, Dr. Andreas Buro, München 55, Andreas-Vöst-Straße 5, einzusenden. Die Frist für die Einsendung der Unterschriften wurde bis November 1964 verlängert.

SOZIOLOGISCHE TEXTE

Band 1 Industriesoziologie

Vorläufer und Frühzeit 1835–1934. Herausgegeben und eingeleitet von Friedrich Fürstenberg. 280 Seiten, laminierter Pappband DM 11,80

Band 4 Ideologie

Ideologiekritik und Wissenssoziologie. Herausgegeben und eingeleitet von Kurt Lenk. 2. durchgesehene und erweiterte Auflage 1964, 414 Seiten, Leinen DM 28,–, Studienausgabe DM 18,–

Band 7 Theodor Geiger Arbeiten zur Soziologie

Methode – Moderne Großgesellschaft – Rechtssoziologie – Ideologiekritik. Ausgewählt und eingeleitet von Paul Trappe. 484 Seiten, laminierter Pappband DM 28,–

Band 8 Charles Wright Mills
Kritik der soziologischen Denkweise

Mit einer Einleitung von Norman Birnbaum. Aus dem Amerikanischen von Albrecht Kruse. 296 Seiten, Leinen DM 28,–, Studienausgabe DM 14,–

Band 9 Georg Lukács
Schriften zur Literatursoziologie

Ausgewählt und eingeleitet von Peter Ludz. 2. Auflage. 568 Seiten, Leinen DM 28,–

Band 11 Stanislaw Ossowski
Die Klassenstruktur im sozialen Bewußtsein

Mit einer Bibliographie zur polnischen Soziologie von Edmund Mokrzyki. Aus dem Polnischen von Sophie Schick-Rowinska. 300 Seiten, laminierter Pappband DM 19,–

Band 13 Herbert Marcuse Vernunft und Revolution

Hegel und die Entstehung der Gesellschaftstheorie. Aus dem Amerikanischen von Alfred Schmidt. 400 Seiten, laminierter Pappband DM 24,–

Band 14 E. J. Hobsbawm Sozial-Rebellen

Archaische Sozialbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert. Aus dem Englischen von Renate Müller-Isenburg und C. Barry Hyams. 272 Seiten, laminierter Pappband DM 19,80

Band 22 Herbert Marcuse
Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus

Aus dem Englischen von Alfred Schmidt. 260 Seiten, Leinen DM 24,80, Studienausgabe DM 14,80

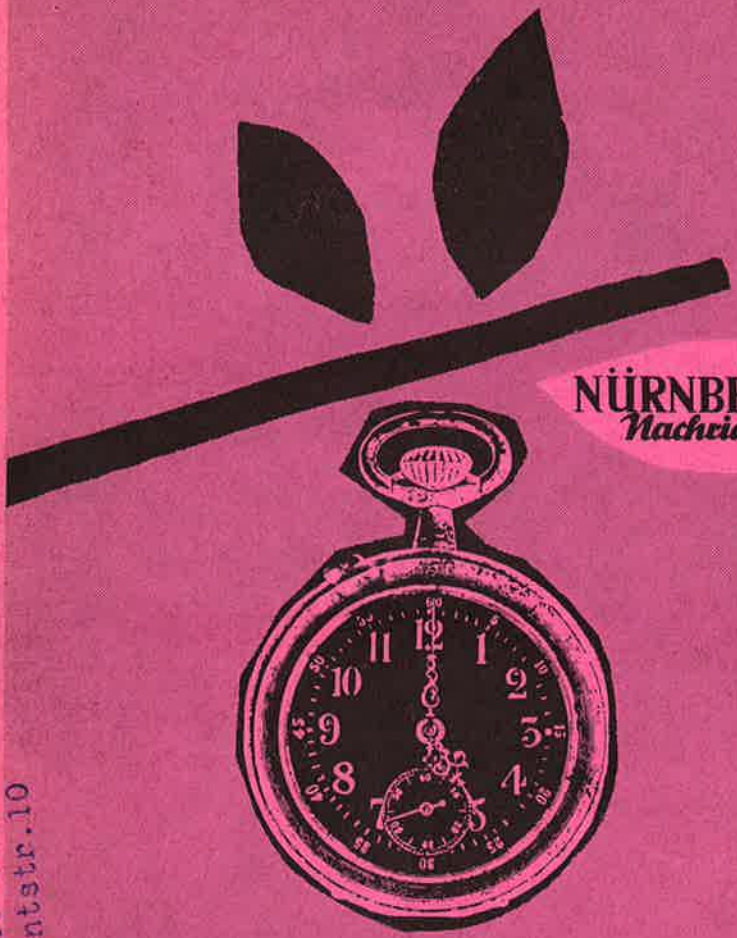
Band 27 Leo Löwenthal Literatur und Gesellschaft

Das Buch in der Massenkultur. Aus dem Amerikanischen von Tobias Rülcker. Etwa 350 Seiten

Band 28 Karl Mannheim Wissenssoziologie

Auswahl aus dem Werk. Eingeleitet und herausgegeben von Kurt H. Wolff. Etwa 700 Seiten

LUCHTERHAND '64



NÜRNBERGER
Nachrichten

ein Blatt
unserer Zeit –
die größte
regionale
Tageszeitung
Süddeutschlands

Rolf Schmiederer
Kantstr.10

21

Petition an den Deutschen Bundestag

Die Voraussetzung für eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung in Ost und West ist, daß jede weitere Verbreitung von Atomwaffen vermieden wird. Einer internationalen Vereinbarung hierüber steht der Plan zur Bildung einer multilateralen Atommacht, an der sich auch die Bundesrepublik beteiligen soll, im Wege.

- **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, auf die Beteiligung der Bundesrepublik an einer multilateralen Atommacht und auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu verzichten.**

Die Sicherheit der Bundesrepublik ist am besten gewährleistet, wenn in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie, rüstungsverdünnte Zone mit internationaler Kontrolle geschaffen wird.

- **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, Pläne für eine atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa zu prüfen und Verhandlungen hierüber zu fordern.**

In der Bundesrepublik mangelt es an einer ständigen sachlichen Untersuchung und Diskussion über die Möglichkeiten einer Politik der Sicherheit durch Abrüstung.

- **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, die Einrichtung einer Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung einzuleiten.**

Bitte, deutlich schreiben!

Name Vorname	Leitzahl Ort Straße	Unterschrift
1.		
2.		
3.		

Zu dieser Petition ruft die Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner auf. Mit ihrer Unterzeichnung entsteht jedoch keine Verpflichtung oder Bindung gegenüber der Kampagne. Die Namen von Unterzeichnern dieser Petition werden von der Kampagne nicht veröffentlicht.

Diese Petition darf jeder Bürger der Bundesrepublik nur einmal unterzeichnen. Die abgeschlossenen Listen senden Sie bitte bis zum 31. 7. 1964 direkt an die Geschäftsführung der

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner

Dr. Andreas Buro, 8 München 55, Andreas-Vöst-Straße 5

Druck: Althoff, Oberhausen